

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Erdmann/ki-Sasse

Ländliche Entwicklung: Bundesländer arbeiten an neuen Förderprogrammen

Baustelle Förderung

Die Bundesländer arbeiten mit Hochdruck an den neuen Förderprogrammen der zweiten Säule. Für bäuerliche Betriebe geht es um viel Geld, doch Streichungen drohen. **Seiten 11-13**

Koexistenz

Gentechnik-Verunreinigungen durch Mäh-drescher sind größer als erwartet. Lohnunternehmer sehen ernsthafte Probleme beim überbetrieblichen Maschineneinsatz. **Seite 3**

Weizen verheizen

Länder öffnen Weg für Getreideverbrennung. Saarlands Umweltminister Mörsdorf fordert gesellschaftspolitische Diskussion über den Wert unserer Lebensmittel. **Seite 10.**

Die Seite 3

Dreschen als neues Risiko für Gentechnik-Verunreinigungen 3

Agrarpolitik

Agrarzahlungen öffentlich machen 4

AbL und andere starten neue Initiative

Vogelgrippe: Seuchen „nur“ die Spitze des Eisbergs 5

Milch

Hochleistung ist nicht alles 6

Märkte

Der Bioboom und die Bauern 7

Regionale Spezialitäten weiterhin geschützt 7

Interview: „Brotgetreide nicht verbrennen“ 10

Einfach Weizen verheizen? 10

Damit sich Schweine sauwohl fühlen 14

Bewegung

Kooperation mit Nebenerwerbsverband 8

Petition übergeben 8

Schwerpunkt Förderung

Kürzungen der 2. Säule treffen vor allem Milchviehbetriebe 11

Quo vadis Ländliche Entwicklung 12

Stroh macht Arbeit und zufriedene Tiere 13

Österreich: 524 Mio. Euro für Agrarumweltmaßnahmen 13

Nachbau

Frankreich will Nachbaugebühren einführen 15

Der Minister und die Betroffenen 15

Horst Seehofer meldet sich bei den Pflanzenzüchtern zu Wort

Mit freundlichen Grüßen 15

Die Saatguttorehand schreibt wieder Briefe

Gentechnikfreie Landwirtschaft

Gentechnikfrei – eine europäische Bewegung 16

5.000 Menschen gegen Gentechnik auf dem Acker 17

Landleben

Einer für Keinen 19

Ein DBV-Rundschreiben mit unmissverständlichen Missverständnissen

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld bei Bärbel Endraß und Walter Stadlober, Seite 9 · Leserbrief, Seite 18 · Ein Bauer erzählt, Seite 19 · Lesen, Seite 20-21 · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Soll die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete in Baden-Württemberg in Zukunft wegfallen? Oder in Nordrhein-Westfalen die Ausgleichszahlung für den Mehraufwand, der dadurch entsteht, dass die Milchkuhe im Sommerhalbjahr noch täglich auf die Weide getrieben werden? Was ist mit der Förderung von erosionshemmenden Wirtschaftsweisen oder mit dem Anreiz, landschaftlich reizvolle Flächen nicht brachfallen zu lassen, sondern mit einem geringen Tierbesatz in der Nutzung zu halten? Wird die Umstellung auf ökologischen Landbau noch besonders gefördert, weil in den ersten beiden Jahren die strengen Richtlinien einzuhalten sind, aber eine Vermarktung als Bioware noch nicht möglich ist? Oder soll mehr Geld in die Förderung von neuen Ställen (Investitionsförderung), in weitere Flurbereinigungsmaßnahmen, in Dorfentwicklungen oder in die Förderung neuer Einkommenszweige (Diversifizierung) der Betriebe gesteckt werden? Das alles sind nur einige Bausteine aus dem großen Kasten an Fördermaßnahmen, die zur so genannten zweiten Säule der Agrarpolitik mit dem Namen „Ländliche Entwicklung“ gehören. Über ihre Zukunft und über die Mittelver-



Kommentar

Eine Säule gibt keinen Halt

teilung zwischen den Maßnahmen wird in den Landesministerien längst gestritten, mehr oder weniger heftig. Ein Grund ist das Geld.

Die Mittel für die neue Programmperiode der Jahre 2007 bis 2013 werden deutlich knapper, vor allem weil die EU-Anteile an diesen Fördermaßnahmen stark gekürzt werden, in den westdeutschen Bundesländern um bis zu 47 Prozent! Und das Bundeskabinett hat zusätzliche Kürzungen um 50 Mio. Euro bei den Bundesanteilen für 2006 beschlossen. Ist das eine Vorentscheidung auch für 2007 und folgende?

Die Diskussionen in den Ministeriumszimmern dringen kaum nach draußen. In den Wochenblättern des Bauernverbandes sucht man vergeblich nach Berichten. Es scheint fast so, als würden sich nur Umwelt- und Ökolandbauverbände mit dem Thema befassen. Besonders im Norden und Osten der Republik herrscht ansonsten Stillschweigen. Doch der Eindruck, den Viele haben oder vermitteln, dass nämlich diese Programme doch keine wirkliche Bedeutung für die Bauern hätten, der täuscht, und zwar gewaltig.

Die zweite Säule macht in vielen bäuerlichen Betrieben einen wesentlichen Teil des Einkommens aus. Es ist keine „grüne Spielwiese“, wie der noch kein Jahr im Amt sitzende nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Eckehard Uhlenberg (CDU) es gerne formuliert, um sich von seiner grünen Vorgängerin Bärbel Höhn abzusetzen. So, als würde den Bauern damit der Verzicht auf Programme leichter fallen. Zahlen aus Baden-Württemberg und Bayern belegen das eindrucksvoll (siehe Seite 11).

Laut Erhebungen des Testbetriebsnetzes des Bundes profitieren kleinere und mittlere Betriebe mehr als doppelt so stark von der zweiten Säule als Betriebe mit über 100 ha. Die Kürzungen treffen also diejenigen besonders, die bei den Direktzahlungen der ersten Säule schon benachteiligt sind.

Es gibt einen Ausweg, um zu einem Ausgleich der Interessen zu kommen. Die EU erlaubt den Mitgliedstaaten, bis zu 20 Prozent der Direktzahlungen in die zweite Säule umzuwidmen. Für einen Ausgleich der Kürzungen reichen weniger als 10 Prozent. Wer diese Möglichkeit nicht nutzen will, ist in der Schuld, Alternativen aufzuzeigen. Herr Seehofer, Sie sind dran!

Ulrich Jasper

Meldung des Monats

Die *Passauer Neue Presse* holte DBV-Präsident Sonnleitner und Bundesminister Seehofer an einen Interview-Tisch. Auf die Frage, wer die Grüne Gentechnik eigentlich brauche, erkannte Sonnleitner: „Der Verbraucher will's nicht. Wir sehen auch noch keine Produkte, die uns Vorteile bringen könnten.“ Doch dann schlägt er vor: „Wir würden gerne unter Beteiligung aller relevanten Gruppen, das heißt auch der Gegner, wissenschaftlich begleitet und abgesicherten Versuchs-anbau betreiben“, womit nebenbei gesagt sei, dass Sonnleitner kein Gegner ist. Es müsse erforscht werden, „welche Abstandsflächen nötig sind“. Minister Seehofer stimmte ein: Das Abkoppeln von der Agrogentechnik „wäre für unser Land fatal. Wir müssen vernünftige Anbau- und Haftungsregeln entwickeln. Dazu werden wir in den nächsten Wochen einen sehr intensiven Dialog beginnen. Und ich begrüße den Gedanken von Herrn Sonnleitner, dass wir diese Forschung unter Beteiligung aller, auch der Kritiker, nach vorne treiben und auswerten. Im Gegeneinander werden wir hier nicht sehr weit kommen“, so sein Fazit.

Impressum

**unabhängige
bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/Abowerwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Dreschen als neues Risiko für Verunreinigung

Politiker und Wissenschaftler verkennen gemeinsam genutzte Maschinen als Quelle für gentechnische Verunreinigungen

Wer schon mal in einen Mähdrescher geschaut hat kennt die vielen Ecken und Hohlräume. Doch eine Verschleppung von gentechnischem Erntematerial wird bislang kaum als mögliche Quelle einer Verunreinigung gesehen. In Deutschland konzentrieren sich die Bedenken vor allem auf Pollenflug und verunreinigtes Saatgut als Kontaminationsrisiken. Dabei ist der überbetriebliche Maschineneinsatz im Ackerbau bei einigen Arbeitsschritten die Regel. Über Lohnunternehmer, Maschinengemeinschaften oder Maschinenringe wird zum Beispiel der Großteil der Ernte organisiert. Lange Zeit wurde abgestritten, dass es durch gemeinsam genutzte Maschinen zu Verunreinigungen kommen kann. In der aktuellen Studie der EU zur Koexistenz (siehe unten) wird erstmals zugegeben, dass es zu nennenswerten Verschleppungen durch Mähdrescher kommen kann. Bislang wurde einfach vorausgesetzt, dass Höfe eigene Mähdrescher besitzen, oder eine Einteilung in Gentechnik- und herkömmliche Regionen vorgeschlagen.

Wenn ein Mähdrescher zunächst gentechnisch veränderten Mais drischt und dann auf herkömmlichen Beständen zum Einsatz kommt, muss selbst nach einer gründlichen Reinigung mit Verschleppungen von 0,1 Prozent gerechnet werden. Denn nach dem Dreschen sind in einem angeblich leeren Mähdrescher noch 20 bis 50 kg Körner zu finden.

Der Lohnunternehmer Franz-Josef Dohle erläutert seine Erfahrungen: „Wenn ich den Mähdrescher am Ende der Erntesaison wieder sauber mache, da finde ich immer ein

Korn von allen bearbeiteten Feldern wieder.“

Folgen für die Ernte

Während die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) behauptet, ein Mähdrescher lasse sich innerhalb weniger Minuten am Feldrand reinigen, sehen Praktiker dies anders. In einer noch unveröffentlichten Studie der AbL (Autorin Mute Schimpf) über maschinelle Verschleppungen berichten Mitarbeiter von Maschinenringen und Lohnunternehmer, dass Mähdrescher mit ihren vielen Ecken, Ritzen und Hohlräumen niemals hundertprozentig zu reinigen sind.

Das Gentechnikgesetz schreibt jedoch vor, dass bei Aussaat und Ernte eine Verschleppung von gentechnischem Material zu unterbinden ist. Es geht also nicht nur um eine verringerte Verschleppung.

Damit kommen auf Bauern, Lohnunternehmer und Maschinenringe neue Fragen zu: Ist es während der hektischen Erntezeit organisierbar, eine gründliche Reinigung vorzunehmen? Wer bezahlt die Reinigung? Wer haftet für eine mögliche maschinelle Verschleppung: der Lohnunternehmer oder der Landwirt, der gentechnischen Mais anbaut? Hinzu kommen praktische Fragen: Wie soll ein Mähdrescher am Feldrand gereinigt



Auch beim Dreschen können herkömmliche Ernten mit gentechnischem Material verunreinigt werden.

Foto: Jasper

werden? Um gründlich zu reinigen, brauchen die Fahrer einen Kompressor. Aber nur neue und große Mähdrescher sind damit ausgestattet.

Selbsthilfe als Schutz

Der beste Schutz gegen gentechnische Verunreinigungen ist, auch bezüglich der maschinellen Verschleppungen, die Gründung gentechnikfreier Regionen. Das spart Aufwand bei der Reinigung der Mähdrescher und vermeidet Konflikte innerhalb der Maschinenringe darüber, wer wann welche Mähdrescher einsetzen kann.

ms

Weltweite Kennzeichnung kommt

Ab 2012 erfahren auch Behörden in Ländern der so genannten Dritten Welt, ob die importierten Mais-, Soja- oder Rapsarten gentechnisch verändert sind oder nicht. Diese Entscheidung der 132 Unterzeichnerstaaten ist der Kompromiss der Biosafety-Konferenz im brasilianischen Curitiba. Gerade für Länder mit wenigen Laboren ist dies ein Schutz vor unerwünschter Importware, da die Verantwortung auf die Exportstaaten übertragen wird. Die lange Übergangsfrist ist ein Entgegenkommen gegenüber jenen Ländern, die keine klaren Kennzeichnungsregeln wollten, v. a. USA. Die Kennzeichnungsregeln der EU werden von diesem Abkommen nicht beeinflusst. ms

EU-Kommission setzt auf Warten und Verunreinigen

Statt Bauern vor gentechnischen Verunreinigungen zu schützen, wartet die EU-Kommission weiterhin ab. Trotz mehrfacher Ankündigung verzichtet sie in ihrer Anfang März veröffentlichten Empfehlung zur Koexistenz-Konferenz Anfang April in Wien auf verbindlichen EU-weite Regeln für das Nebeneinander von herkömmlichem und gentechnischem Ackerbau. Dieses Vorgehen kritisiert Helen Holder von der europäischen Dachorganisation des BUND: „Die Kommission hat sich entschieden, erst zu verunreinigen und dann zu regeln, kurz: wait and contaminate.“ Damit orientiere sie sich an den Wünschen der Gentechnikindustrie.

Zugleich verweigert die EU-Kommission aber Maßnahmen ihre Zustimmung, mit

denen einzelne Länder versuchen, ihre Landwirtschaft wirksam vor Verunreinigungen zu schützen: Das sei nicht verhältnismäßig, meint die Kommission. „Die Anwender von GMO müssen sicherstellen, dass ungewollte Kontaminationen verhindert werden. Der im Gesetz vorgesehene Kennzeichnungsgrenzwert gilt ausschließlich für zufällige und technisch unvermeidbare Verunreinigungen“, erläutert der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf.

Bemerkenswert für die deutsche Debatte ist die Aussage der Kommission, dass in den meisten Mitgliedstaaten Landwirte ihre Nachbarn über den Anbau von gentechnischem Mais informieren müssen. In der ganzen EU gibt es keine Versicherung, die

bereit ist, durch Auskreuzung entstehende Schäden zu versichern.

Welche Scheinlösung die angebliche Koexistenz ist, zeigt der Anfang März veröffentlichte Bericht des europäischen Joint Research Centers. In kleinstrukturierten Regionen ist keine Maissaatgutvermehrung mehr möglich, wenn es dort zum Anbau von gentechnischem Mais kommt. Bei ihren Berechnungen gibt es kaum ein Modell, welches in der Ernte Verunreinigungsraten unter 0,1 Prozent einhält. Körnermais mit höheren Verunreinigungsraten ist aber in Deutschland nicht an Mühlen oder Abnehmer wie den Getreidemulti Cerestar verkaufbar.

ms

Gentechnik-Runden bei Seehofer

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Horst Seehofer hat Verbände für den 20. April zu mehreren, hintereinander folgenden Gesprächsrunden zur „Grünen Gentechnik“ eingeladen. Laut Einladungsliste kommen morgens Wirtschaftsverbände (AbL, BÖLW, Bioland, DBV, DRV u.a.) und Unternehmen (Kraft Foods, Nestlé, Unilever, Hipp) mit dem Minister zusammen, nachmittags – also in einer getrennten Runde – Umweltverbände, Verbraucherverbände, Kirchen und Entwicklungsorganisationen. Thema der Gespräche soll die Änderung des Gentechnikgesetzes sein, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei. *uj*

Bauern sollen CC-Kontrollen bezahlen

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium hat die Landkreise angewiesen, den Bauern in Niedersachsen für die Kontrollen zur Einhaltung von Cross Compliance (CC)-Vorschriften 75 Euro an Gebühren abzunehmen. Wie das Landvolk Niedersachsen mitteilt, betreffe dies unter anderem die Kennzeichnung von Schweinen, Schafen und Ziegen. Landvolkpräsident Werner Hilde hat das Land aufgefordert, die bundesweit einmalige Praxis unverzüglich zu beenden, meldet „top agrar“. *pm*

DBV und Vogelgrippe

In einem Interview mit dem Deutschland-Radio hat der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV) die erste Tötung eines Nutzgeflügelbestandes auf der Insel Rügen verteidigt. Auf die Frage der Moderatorin, ob mit der Keulung dieses gesunden Bestandes nicht „mit Kanonen auf Hühner“ geschossen worden sei, antwortete Dr. Born: „Nein, das glaube ich nicht. Wir Landwirte sind natürlich in großer Sorge, dass es unsere Nutztierbestände betrifft, und wenn man vorsorglich um einen Ausbruchherd herum Bestände, Nutztierbestände tötet, dann gibt es dafür einen Grund.“ Weiter sagte Born: „In den Hauptproduktionsgebieten müssen wir uns wappnen und das Wichtigste ist einfach, unsere Nutztiere unter Dach und Fach zu bringen. Dann haben wir eine ganz wesentliche Infektionsquelle beseitigt.“ *pm*

Deutschland verschläft Energiewende

Das meint jedenfalls die Initiative Nachrichtenaufklärung, die ihre Liste der am meisten vernachlässigten Themen des Jahres 2005 vorgestellt hat: Obwohl fossile Brennstoffe nur noch wenige Jahrzehnte verfügbar seien und die Energienachfrage weltweit steige, wolle die Bundesregierung den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2020 nur auf 20 % steigern. Ein hundertprozentiger Ersatz fossiler Energieträger sei weder geplant, noch in Sicht. Um die absehbare Versorgungslücke zu schließen, müssten wesentlich intensivere Anstrengungen unternommen werden. Zwar werde über neue Energien und auch über das Ende der fossilen Energien berichtet, nicht jedoch darüber, dass es bisher keinen adäquaten Ersatz gebe. Die 1997 gegründete Initiative Nachrichtenaufklärung hat zum Ziel, wichtige Themen, die in den Medien nicht genügend berücksichtigt wurden, stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Unter den Top Ten für 2005 finden sich auch landwirtschaftliche Themen wie Lizenzgebühren irakischer Bauern für Saatgut und Rückkehr der Pestizide aus dem Ausland. Mehr Infos im Internet unter www.nachrichtenaufklaerung.de *pm*

Ambitioniertes Schweden

Schweden will ohne Atomtechnik unabhängig von fossilen Energieträgern werden. Herzstück der Pläne bis 2020 ist der Ausbau von Ökostrom. Neben Wasser- und Windkraft sollen auch Holz, Pflanzen und Abfälle aus der Forst- und Landwirtschaft stärker verstromt werden. Außerdem plant Schweden mehr Fernwärme. Stärker gefördert werden soll die Umstellung auf erneuerbare Energien bei privaten und öffentlichen Verbrauchern. Die Mittel für Energieforschung sollen deutlich erhöht werden. *pm*

Jugendliche kritisch zu Atomenergie

Die Forsa-Umfrage bei Schülern zwischen 12 und 16 Jahren im Auftrag des Bundesumweltministeriums hat ergeben, dass die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen der Atomenergie kritisch gegenüber steht. So meinen 45 %, das Tempo des Atomausstiegs solle beibehalten werden, 36 % möchten ihn sogar noch beschleunigen. Erschreckend dagegen das Wissen um die Reaktorkatastrophe von 1986. Nur ein Drittel der Jugendlichen kann sagen, was Tschernobyl ist bzw. was dort passiert ist. *pm*

Kurzes am Rande

Agrarzahlungen öffentlich machen

AbL und andere starten neue Initiative: Wer erhält wie viel wofür?

Sind die EU-Ausgleichszahlungen nun gerecht verteilt oder nicht? Je nach Interessenslage ist das Adjektiv gerecht offenbar weit dehnbar. „Die heutigen Prämienzahlungen haben innerhalb der EU eine Dumpingwirkung“, sagt AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf auf einer Pressekonferenz Anfang März. Die bäuerliche Landwirtschaft jedenfalls werde eklatant benachteiligt.

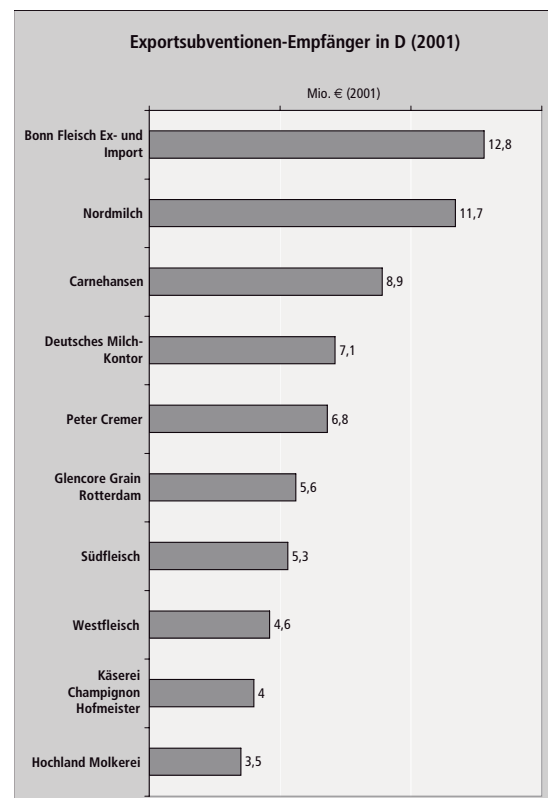
Das findet Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), überhaupt nicht: „Die Ausgleichszahlungen sind relativ gerecht verteilt“, sagt er gegenüber dpa. Auf einem Verbandstag in Mecklenburg-Vorpommern legte DBV-Generalsekretär Helmut Born nach: „Im Wortschatz des DBV ist der Begriff Degression gestrichen“, womit er die Kappungsgrenze bei 300.000 Euro je Betrieb und Jahr meinte, die jüngst von der EU-Kommission und Baden-Württembergs Minister Peter Hauk wieder ins Gespräch gebracht wurde.

Diese Diskussion ging in der ersten Märzhälfte durch zahlreiche Medien, denn die Gründung der Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen wurde öffentlich vorgestellt. AbL, Oxfam, Germanwatch und WWF haben die Initiative aufgebaut, die mittlerweile von 25 Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz und Entwicklungspolitik getragen wird. Die Initiative fordert die Bundesregierung und die Bundesländer auf, die Verwendung der EU-Prämienzahlungen offen zu legen.

Woanders längst Praxis

In einigen EU-Ländern ist die Offenlegung bereits Praxis, etwa in Schweden, Großbritannien, Irland, Dänemark oder Spanien. In Deutschland ist hingegen unklar, wie viel, wofür und an wen von den sechs Milliarden Euro an EU-Prämiengeldern im Jahr gezahlt werden. Das scheint Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) derzeit auch nicht ändern zu wollen. Er bekannte öffentlich seine Bedenken, dass „die Landwirte wöchentlich durch den Kakao gezogen werden als Subventionsempfänger“. Aber darum gehe es überhaupt nicht, stellt Marita Wiggerthale von Oxfam klar: „Wir wollen keine Neid- oder Streichdebatte anzetteln.“ Vielmehr gelte es, die Prämienzahlungen effektiv zu qualifizieren, damit das Dumping mit seinen negativen Auswirkungen für Kleinbauern in Entwicklungsländern verringert werde.

Von einem Export der Dumpingwirkung spricht auch Graefe zu Baringdorf und rechnet vor: „Ein flächenstarker rationalisierter Betrieb kann umgerechnet auf eine betriebliche Arbeitskraft ganz legal 120.000 Euro jedes Jahr vom Staat erhalten. Der Durchschnitt aller Betriebe erhält jeweils mit rund 8.500 Euro weniger als ein Zehntel davon.“ Für die arbeitsintensive und qualitätsorientierte Landwirtschaft bedeute das eine ungeheure Wettbewerbsverzerrung – auch in Entwicklungsländern. Notwendig wäre aber, dass wir die Gelder für eine effektive Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen Räumen einsetzen, sowohl in Europa als auch weltweit.



Mit diesen Zahlen berichtete die FAZ über die Initiative.

Damit in Zukunft die Prämienzahlungen an gesellschaftliche Leistungen geknüpft werden, hat die Initiative für Transparenz bei Agrarsubventionen zunächst den Bund als auch einige Länder, in denen das Informationsfreiheitsgesetz gilt, aufgefordert, die Ausgleichszahlungen offen zu legen. Gleichzeitig sind die Landwirtschaftsminister von Bund und Ländern in einem Brief aufgefordert worden, die Anliegen der Initiative zu unterstützen. Um die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren wurde die Internetseite aufgebaut. Der gesellschaftliche Druck wächst, die Zahlen zu veröffentlichen.

Berit Thomsen

Infos im Internet: www.wer-profitiert.de

Seuchen sind „nur“ Spitze des Eisberges

Die Zunahme der Konzentration der Geflügelhaltung und der globalen Handelsströme sowie die Zucht mit weltweit wenigen Hybridlinien muss dringend hinterfragt werden

Während der Tierseuchenexperte Thomas Mettenleiter vom Bundesforschungsinstitut auf der Insel Riems treffend betont, „die Vogelgrippe ist nicht Ebola“, erscheint der Kater von der Witorfer Fähre der Öffentlichkeit so bedrohlich, dass er von den Titelseiten der Tagespresse teilweise Panikreaktionen auslöst. Der dominierende politische Aktionismus antwortet mit Massentötungen und Stallpflicht. Die richtigen Fragen werden teilweise nicht einmal gestellt, geschweige denn beantwortet.

Zu den Fakten:

- Allein in Deutschland erkrankten jedes Jahr mehr als 50.000 Menschen an Salmonellen- und Campylobacter-Infektionen. 2005 sind weltweit über eine Million Menschen und in Deutschland ca. 18.000 Menschen an der Grippe gestorben, und 15 Menschen sterben bei uns täglich im Straßenverkehr.
- Am Vogelgrippevirus haben sich seit 2003 weltweit ca. 200 Menschen angesteckt und ca. 100 sind daran gestorben.

Keine schlüssige Theorie

Während der Wissenschaft bislang eine schlüssige Theorie für das räumliche Auftreten und die zeitliche Verbreitung von H5N1 „Subtyp Asia“ noch fehlt, verlagert die gefühlte Bedrohung durch die Vogelgrippe in der öffentlichen Wahrnehmung Ängste auf einen äußeren Feind.

Vorschnelle Schlussfolgerungen führen zu einer Überschätzung der Bedeutung der Wildvögel für die Ausbreitung der Vogelgrippe. Das erweist sich spätestens seit dem Ausbleiben der Krankheit in afrikanischen Überwinterungsgebieten und entlang der Hauptzugrouten. Intensiv, aber vergeblich ist seit Herbst 2005 in Afrika nach H5N1 gesucht worden: kein Wildvogel war befallen. Hingegen ist der erste Fall von Vogelgrippe in Afrika im Februar 2006 in einer kommerziellen Geflügelanlage in Nigeria festgestellt worden, und auch die folgenden Ausbrüche wurden aus kommerziellen Betrieben gemeldet. Interessant ist auch, dass die Ausbrüche auf Rügen vor dem Beginn des eigentlichen Vogelfluges auftraten und das erwartete massenhafte Sterben von Aasfressern ausblieb. Kaum bekannt ist, dass selbst unter den als empfindlich für die Vogelgrippe geltenden Schwänen die Sterblichkeitsrate rund um Rügen nicht wesentlich höher ist als bisher nach harten Wintern.

Viren und Bakterien besiedeln die Erde schon viel länger als Säugetiere. Sie sind Anpassungskünstler. Entsprechend muss das Management zu ihrer Verhinderung und Bekämpfung jeweils erregerspezifisch sein. Da wir inzwischen wissen, dass H5N1

unter günstigen Umständen bis zu 30 Tage außerhalb eines lebenden Wirtes überleben kann, ist es unverantwortbar, andere denkbare Verbreitungswege als durch Zugvögel auszuschließen.

Systemimmanente Risiken

Grundsätzlich dürfen geschlossene Ställe nicht mit geschlossenen Systemen verwechselt werden, das wäre eine Illusion. Viele Risiken sind hausgemacht – systemimmanent; denn grundsätzlich sind regionale Strukturen weniger anfällig; sie werden aber immer mehr zu Gunsten globaler verdrängt: Das mit immer intensiveren Haltungssystemen und tierischen Ballungsräumen mit Millionen Tieren verbundene hohe Transportaufkommen – weltweiter Handelsverkehr mit Tieren, tierischen Produkten, Kadavern, Futtermitteln, Medikamenten, Gülle etc. – erhöht erheblich die Gefahrenpotenziale bei der Ausbreitung von Seuchen.

Anfällige Hybridhühner

Hinzu kommt ein genetischer Aspekt. Selbst die Schwäne, die sich ja als anfällig für die asiatische Variante der Vogelgrippe erwiesen haben, können auf Grund ihrer genetischen Vielfalt individuell sehr unterschiedlich reagieren. So ist auf Rügen nur ein Teil erkrankt und gestorben. Wenn aber Haustiere anfällig sind, sind die Folgen meist dramatischer, weil diese Tiere durch Züchtung genetisch viel ähnlicher sind. Das gilt insbesondere für Hybridhühner und Puten da sie scheinen auf Grund von wenig Widerstandskraft gegenüber der Vogelgrippe alle zu erkranken und zu sterben. Im 21. Jahrhundert ist deshalb ein früher noch denkbare generelles „Durchseuchenlassen“ keine Option mehr.

Der Geflügelbereich verzeichnet in den letzten Jahren die größten Zuwachsquoten. Auf Grund der Konzentration steigen die Risiken, und im Fall eines Ausbruchs werden die Kosten immer höher. Die Kosten der Seuchenbekämpfung aber tragen nicht diejenigen, die an diesem anfälligen Agrarsystem verdienen, sondern der Staat mit Steuergeldern. Die Industrie wird aus der Verantwortung genommen durch „Externalisierung der Kosten“.

Seuchen machen „nur“ die Spitze des Eisberges sichtbar. Aber mit zunehmender Regelmäßigkeit werden dabei Millionen Tiere getötet, nur noch wahrgenommen als Abfall und Bedrohung. Je nach Seuche können Massentötungen in Einzel-Fällen geboten sein. Der „vernünftige Grund“ – laut Tierschutzgesetz Voraussetzung für Beeinträchtigungen und das Töten von Tieren – wird häufig zur Rechtfertigung benutzt, um an der risikoreichen Intensivlandwirtschaft nichts zu ändern.

Stallpflicht keine Lösung

Regionen mit der größten Tierdichte stocken ihre „Tötungskapazitäten“ (Niedersachsens Landwirtschaftsminister Ehlen) auf. Impfungen werden nicht einmal wirklich diskutiert. Aber die EU-Kommission sieht Impfungen inzwischen ausdrücklich vor – gerade auch in den hochgefährdeten Ballungsräumen mit intensiver Tierhaltung! Die ebenfalls auf Export angewiesenen Niederlande hatten 2003 in Folge eines Ausbruchs der Vogelgrippe 30 Millionen Tiere getötet. Am 24. Februar 2006 genehmigte ihnen die EU einen Plan zur Impfung von 5 Millionen Freilandhennen und 3 Millionen Hobbytieren. Der Impfstoff ermöglicht die Unterscheidung zwischen geimpften und erkrankten Tieren. Eier und Fleisch geimpfter Tiere können innerhalb der EU frei gehandelt werden.

Stallpflicht ist ebenso wenig eine Lösung wie Ställe „vogelgrippe-sicher“ sind. Freilandhaltung muss nicht nur Option, sondern die Perspektive einer artgerechten Tierhaltung bleiben. Neben räumlich begrenzter und zeitlich befristeter Aufstallung in Gegenden mit Ausbrüchen muss auch in Deutschland das Impfen diskutiert werden.

Transparenz tut Not! Wir brauchen eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft mit transparenten Haltungsbedingungen und angemessenen Erzeuger- und Verbraucherpreisen.

*Dr. Anita Idel, Projektmanagement
Tiergesundheit & Agrobiodiversität*



Die allermeisten Schwäne sind gesund.

Foto: Photocase.com

Geflügelmarkt Deutschland

Die Geflügelfleischerzeugung in Deutschland von 1,155 Mio. t im Jahr 2004 deckt den Verbrauch nicht ab. Der Selbstversorgungsgrad liegt bei 79 %. Also wird einiges importiert, in den letzten Jahren jährlich rund 400.000 t. Importiert wird neben Hühnerteilen (29 %) und ganzen Tieren (18 %) vor allem „Sonstiges“ (40 %) wie Geflügelfleischzubereitungen (alleine 25 %). Herkunftsländer sind 2004 die EU-Länder (zusammen 84 %), vor allem Niederlande (alleine 33 %), Frankreich (15 %), Polen (9 %) und Ungarn (7 %). Die Importe aus Drittländern (zusammen 16 %) stammen überwiegend aus Brasilien (alleine 11 %), Thailand (3 %) und Argentinien (1 %).

Aber es wird auch viel exportiert. Die Ausfuhren zeichnen einen eindeutigen, nämlich steigenden Verlauf: von knapp 120.000 t im Jahr 1998 auf knapp 250.000 t im Jahr 2004 (+ 108 %). Exportiert werden vor allem Hühnerteile (40 % der Exporte), „sonstiges Geflügelfleisch“ (22 %), Putenteile (18 %) und Schlachtabfall (6 %). Nur 11 % der Geflügelfleischexporte verlässt Deutschland als ganzes Tier. Zielländer sind mit EU-Länder (55 %), vor allem die Niederlande (20 %); von den Drittländern (45 %) ist vor allem Russland zu nennen, wohin im Jahr 2004 ein Viertel (26 %) landete, nach Hongkong gingen 2 %. *uj*

Milchstreikpläne in Italien

In Italien sondieren mehrere Bauernorganisationen intensiv die Möglichkeit, mit einem Milchstreik gegen den Verfall der Milch-Erzeugerpreise anzugehen. Das berichtete Roberto Cavaliere, Präsident der norditalienischen APL Pianadura, die Mitglied ist im Netzwerk europäischer Milchviehhalterverbände (European Milk Board, EMB) der Bauernstimme. Einer der großen Bauernverbände sei auf ihn zugekommen mit der dringenden Bitte, ob man nicht gemeinsam einen Milchlieferstreik organisieren solle. Aus Sicht der APL Pianadura ist ein Milchstreik die einzige Möglichkeit, Druck auf die Milchindustrie auszuüben, um einen kosten deckenden Milchpreis zu erzielen. Für den 4. April ist ein Treffen der wichtigsten Bauernorganisationen angesetzt. Noch erhalten die Milchbauern in Italien mehr für den Liter Milch als in Deutschland. Die Molkereikonzerne Parmalat und Galbani haben allerdings in den letzten Wochen die Milchpreise um 10 Prozent gesenkt. Als Grund wird aus Frankreich importierte Milch genannt. *sk*

Spanische Milchbauern mobilisieren

Die Milchindustrie in Spanien plant weitere Milchpreissenkungen. Es ist die Rede von 1,2 bis 3 Cent weniger pro Liter Milch. Verhandlungen zwischen Produzenten und Molkereien kamen zu keinem Ergebnis. Die Sindicato Labrego Galego (SLG) und zwei weitere galizische Bauernorganisationen mobilisieren nun für den 6. April. Vormittags soll es Aktionen vor Lactalis, Nestlé und Suiza Food geben, am Nachmittag werden Supermarktketten Zielscheibe der Verbände sein. Sie fordern die Einrichtung eines Mindesterzeugerpreises für Milch, der nicht unterschritten werden darf. Lidia Senra, Generalsekretärin des SLG, unterstrich, dass „die geplante Preissenkung auf jeden Fall verhindert werden muss“. Die Betriebe können keine weitere Senkung ihres Einkommens verkraften. Angesichts der starken Nachfrage nach Milch sei ein niedrigerer Preis auch nicht gerechtfertigt. Senra berichtete, dass die SLG auf ihren Versammlungen auch einen Milchstreik diskutiert für den Fall, dass kein Abkommen mit der Milchindustrie erreicht werden kann. *sk*

Englische Milchpreis-Absurditäten

In England hat die Supermarktkette Asda den Preis für Frischmilch in den eigenen Läden um 1,4 Cent runtergesetzt und zugleich den Auszahlungspreis an die Bauern um 0,36 Cent erhöht. Die Zahlen beziehen sich immer auf einen englischen Pint, also 0,568 Liter. Eine weitere Handelskette hat die Ladenpreise für Frischmilch ebenfalls gesenkt, ohne jedoch die Erzeugerpreise zu verändern. Die walisische Bauernorganisation FUW fürchtet nun, dass ein erneuter Preiskampf der Supermärkte auf dem Rücken der Milchbauern ausgetragen wird. Der Verband fordert alle Supermärkte auf, „ihre Verantwortung für Milchbauern und Verbraucher wahrzunehmen, in dem sie Asdas kleinem Schritt in die richtige Richtung folgen“. *sk*

Milchdumping mit Humana-Milch?

Im Nachbarland haben die Supermärkte begonnen, sich gegenseitig bei den Preisen für halbfette Frischmilch zu unterbieten. Lidl und Aldi starteten, indem sie den Milchpreis um 3 Cent auf 39 Cent senkten. Die Milch komme von der deutschen Humana Milchunion, heißt es. Andere Supermarktketten zogen nach: Bei Albert Heijn kostet der Liter Milch jetzt 40 Cent, bei Nettorama 39 Cent. Peter ten Hoeve vom niederländischen Milchviehhalterverband NMV kommentierte: „Dies ist ein erneuter Beweis für die Notwendigkeit einer Bündelung der europäischen Milchbauern, um europaweit Kosten deckende Milchpreise zu erreichen.“ *sk*

Frankreich hält Quote ein

Das französische „Amt für Tierproduktion“ geht davon aus, dass die französische Milchquote auch in diesem Jahr nicht ganz ausgeschöpft werden wird; etwa 290.000 Tonnen (1,2 Prozent) werden voraussichtlich nicht geliefert werden. Als Grund wird eine Verringerung der Milchkuhzahl im letzten Herbst genannt. Im laufenden Milchwirtschaftsjahr haben 6.500 Bauern die Milchproduktion eingestellt; das sind knapp 30 Prozent mehr als in den Vorjahren. 100.600 Milcherzeuger gibt es aktuell in Frankreich. Ein bedeutender Anteil der Betriebe (38 Prozent) wird gemeinschaftlich betrieben: Die durchschnittliche Milchmenge pro Betrieb liegt bei 230.000 Liter. *sk*

Kurzes am Rande

Hochleistung nicht alles

Milchtagung für einen umfassenderen Blick und mit Strategien für höheren Milchpreis

In Neuseeland liegt die durchschnittliche Milchleistung je Kuh und Jahr bei 3.800 kg, in Irland bei 4.900 kg. In beiden Ländern liegen die Gewinne der Milchbauern im Schnitt über denen in Deutschland, obwohl hier der Leistungsschnitt über 6.500 kg beträgt. Die USA wiederum weisen mit 8.500 kg einen Spitzenwert bei der Milchleistung auf, aber das Einkommen schwankt über die Jahre erheblich – derzeit stehen die Milchpreise ganz gut da.

sten Milchleistungsdurchschnitt auswies. Hofstetter: „Eine Leistungssteigerung von 3.000 auf 4.000 kg rechnet sich mehr als von 9.000 auf 10.000 kg, weil im hohen Leistungsbereich mehr Input, also Kosten nötig sind.“

BDM – Eine Chance

Das Augenmerk auf den Milchpreis lenkte der zweite Redner. Romuald Schaber, Bundesvorsitzender des Bund deutscher



Auch über die praktischen Erfahrungen mit gentechnikfreier Milch wurde auf der Milchtagung berichtet, von Landwirt Franz-Josef Dohle (Mitte), Karin Arzt-Steinbrink (Upländer Bauernmolkerei) und Marcus Nürnberger (r.). Mit im Bild: (v. l.): Züchter E. Heinemeier, M. Hofstetter, R. Schaber, Moderator J. Jacobi. Foto: Jasper

Martin Hofstetter, Doktorand an der Uni Kassel, zog auf der Milchtagung von AbL, KLJB und Uni Kassel Anfang März aus den Zahlen ein erstes Fazit: „In der Welt ist Milchleistung nicht alles“. Die Vollkostenrechnung sei wesentlich aussagekräftiger als die Milchleistungen. Die niederländische Universität Wageningen betreibe zwei Milchviehbetriebe. Der eine reize die genetischen, melk- und fütterungstechnischen Möglichkeiten aus, der andere arbeite bewusst mit möglichst geringem Aufwand und geringen Kosten. Im Ergebnis stehe der zweite, der „Low-input“-Betrieb wenigstens genauso gut da wie der erste, so Hofstetter.

Er riet den rund 80 Bauern und Bäuerinnen im Saal, zu einem sehr vorsichtigen Umgang mit den Durchschnittszahlen zum Verhältnis von Milchleistung und Betriebsergebnis. Die Streuung der Werte sei sehr groß. Gute Betriebsergebnisse gebe es sowohl bei niedriger und mittlerer Milchleistung wie auch bei hoher Milchleistung. Bundesweite Aufmerksamkeit habe eine Studie aus Hessen im Jahr 2004 erlangt, wonach die 25 Prozent erfolgreichsten Betriebe auf 6.000 kg/Kuh kamen, während das untere Viertel der Betriebe den höch-

Milchviehhalter (BDM), machte klar, dass er sich mit dem ständig sinkenden Auszahlungspreis der Molkereien nicht abfinden will. Eine sehr seriöse Studie von Prof. Riebe, Uni Kiel, habe Vollkosten pro kg Milch von 45 Cent bei einem 45-Kuhbetrieb, von 38 Cent bei 120 Kühen und immer noch 34 Cent bei einem 1.000-Kuhbetrieb ergeben. „Bei einem Milchpreis von 21 Cent ist – auch bei der Milchprämie von 3,55 Cent/kg – die Milchviehhaltung in Europa am Ende.“

Die Milcherzeuger hätten mit ihrer Milch ein entscheidendes Mittel in der Hand, um Druck auszuüben. Voraussetzung sei allerdings, dass sie sich organisieren. Daran arbeitet der BDM mit Hochdruck. „Wir können mit relativ geringer Bündelungsdichte 100 Prozent der Verhandlungsmacht gegenüber den Molkereien ausüben“, sagte Schaber. Der BDM hat sich zum Ziel gesetzt, mindestens 50 Prozent der Milchmenge zu bündeln. Die Hälfte davon (27 Prozent) haben sie schon.

Josef Jacobi, Moderator der Milchtagung, forderte alle Milchbauern auf, Mitglied beim BDM zu werden und für die Sache zu werben (Information: www.milchviehhalter.de).

Der Bioboomb und die Bauern

Während der Handel deutliche Gewinne verzeichnet, kämpfen die Erzeuger vor allem mit sinkenden Preisen

Nachdem der biologische Landbau staatliche Anerkennung gefunden hat, steigen nun die großen Lebensmittelkonzerne in den Naturkostmarkt ein. ...Ist der Bio-Landbau noch eine Chance für kleine und mittlere Bauernhöfe oder setzen sich die Bio-Unternehmen durch? Dies fragte die Bauernstimme im Juni 1990. Auch wenn die Fragen schon 16 Jahre alt sind, haben sie wenig an Aktualität verloren. Der Biomarkt boomt wie kein anderer Bereich der Lebensmittelbranche. Im Naturkostgroßhandel betrug die Umsatzsteigerung im Vergleich zum Vorjahr fast 15 Prozent. Im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) sind sogar Absatzzuwächse von über 20 Prozent keine Seltenheit mehr. Die Aufklärungskampagnen der vergangenen Jahre haben „BIO“ in das Bewusstsein einer breiten Bevölkerungsschicht getragen. Mit Bio-supermärkten und Biosparten bei Aldi & Co ist der Markt der Forderung „Bio für Alle“ ein ganzes Stück näher gekommen. Schöne Aussichten, sollte man meinen. Die Biobauern haben alles richtig gemacht: rechtzeitig umgestellt, den Markt erschlossen, jetzt können sie entspannt in die Zukunft schauen.

Doch es gibt nur begrenzten Anlass zur Freude. Die Handelsstrukturen sind professioneller geworden. Das heißt auch, dass Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, der zum entscheidenden Faktor geworden ist.

Doch es gibt nur begrenzten Anlass zur Freude. Die Handelsstrukturen sind professioneller geworden. Das heißt auch, dass Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, der zum entscheidenden Faktor geworden ist.

Biomilch zieht an

Deutlich zeigt sich dies bei Biomilch. Traditionell orientiert sich der Preis für Bio-

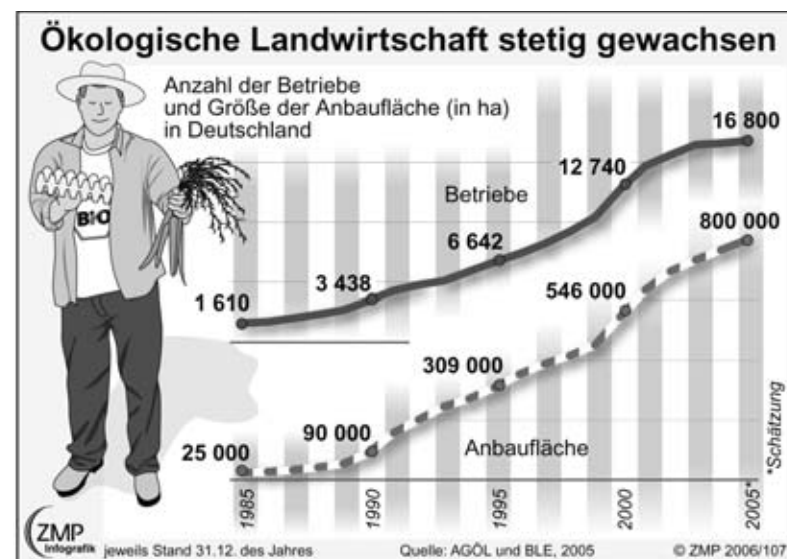
milch am konventionellen Milchpreis. Die große Nachfrage hat dazu geführt, dass Biomilch als Rohstoff wieder knapp wird. Der Anteil, der in die konventionelle Verarbeitung geht, hat im letzten Jahr deutlich abgenommen. Die gesteigerte Nachfrage der Molkereien aus den Nachbarstaaten zu decken ist derzeit nicht möglich, und die neuen Beitrittsländer spielen aufgrund der geringen Mengen noch keine Rolle auf dem Biomilchmarkt. Gut für die Landwirte, denn gegenüber dem konventionellen Milchpreis bleibt der Biomilchpreis konstant. Für dieses Jahr wird sogar mit einem Anstieg gerechnet. Die Milchbauern profitieren dabei von den hohen Transportkosten aufgrund der leichten Verderblichkeit des Produkts.

Getreidemarkt angespannt

Ganz anders stellt sich die Situation im Getreidemarkt dar. Die guten Lager- und Transportmöglichkeiten machen Getreide zu einem weltweit handelbaren Produkt. Was im konventionellen Gang und Gebe ist wird auch im Biosektor immer mehr zur Realität. Produziert wird, wo es am billigsten ist, und verkauft, wo der beste Gewinn erzielt wird. Neben den geringeren Lohnkosten sind vor allem die unterschiedlichen Biostandards für die niedrigen Preise verantwortlich.

Von der Globalisierung profitieren vorrangig die Großen. Denn für die neu in den Biosektor eingestiegenen Handelsketten ist der Preis die entscheidende Größe. In der Naturkostbranche werden die Entwicklungen kritisch beobachtet. Denn es wird im-

mer schwieriger, die Preisunterschiede bei einzelnen Bio-Produkten zu erklären, ohne die Szene auseinander zu dividieren.



Für den einzelnen Landwirt bedeutet die Entwicklung vor allem die Gefahr einer noch stärkeren Abhängigkeit von den Abnehmern und damit sinkende Erzeugerpreise. Um in einem Markt mit zunehmend liberalisierten Handelsstrukturen und wachsenden Importen aus anderen Ländern bestehen zu können, wird die immer wieder neue Suche nach individuellen, an Hof und Region angepassten Vermarktungsstrategien zunehmend wichtig. „Ernten und abliefern“ ist damit endgültig ein Auslaufmodell.

mm

Weltweit 31 Mio. Hektar

Weltweit werden mehr als 31 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet. Laut der Studie „The World of Organic Agriculture“ liegt Deutschland auf Rang 7 der Rangliste, die von Australien (12,1 Mio. ha), China (3,5 Mio. ha) und Argentinien (2,8 Mio. ha) angeführt wird. pm

Regionale Spezialitäten weiterhin geschützt

Es geht um die Wurst, oder vielmehr um deren Namen

Thüringer Rostbratwurst ist eines von 700 Erzeugnissen, das in Europa einen besonderen Schutz genießt. Schon 1992 führte die EU den Schutz der Herkunftsbezeichnung für Spezialitäten einer Region ein. Gemeinsam mit den Produkten des ökologischen Landbaus sind dies die einzigen von der EU aufgrund ihrer Qualitätsstandards geschützten Produkte.

Die meisten Produkte wie z. B. Spreewaldgurken, Tiroler Speck oder Parmesan, sind über viele Jahre in den Markt eingeführt. Kein Wunder, dass international agierende Lebensmittelkonzerne an einer Nutzung dieser Namen interessiert sind, ist hier doch ein guter Profit zu erwarten. Eine von den USA und Kanada eingereichte Klage gegen die EU wurde von der WTO abgewiesen. Damit kommen Spreewaldgurken auch zukünftig aus Brandenburg und wachsen nicht auf amerikanischen Feldern. Einschränkung machte die WTO allerdings

zur Auflage, dass es in Zukunft auch Produzenten aus nicht EU-Ländern möglich sein muss, für ihre regionale Spezialitäten einen Schutz der Herkunftsbezeichnung zu beantragen.

Die Novellierung der EU-Regeln zum Schutz von Qualitätslebensmitteln mit geographischen Ursprungsbezeichnungen bietet die Möglichkeit, die Herkunftsbezeichnungen für den Verbraucher transparenter zu machen. Denn „wenn eine regionale Spezialität wie Parmaschinken einmal in den Verdacht gerät, mit holländischen Schweinen aus industrieller Massentierhaltung den Umsatz zu steigern, ist das Vertrauen der Verbraucher schnell verspielt.“ sagt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Berichterstatter des Europäischen Parlaments.

Aus Sicht der Landwirtschaft ist die WTO-Entscheidung sehr zu begrüßen, unterstützt sie doch das Bestreben, einen fairen Handel

zu fördern, der die Wertschöpfung in den Erzeugerregionen belässt und damit die ländliche Gesellschaft stützt. mm



Ein Original: Schweizer Käse Foto: Messe Berlin

„Fair Milch“ nun auch in Holland

Das „Fair Milch“-Konzept der Upländer Bauernmolkerei wird nun exportiert. Auch in den Niederlanden ist die Situation für Milchherzeuger schwierig. Daher hat sich die Molkerei Vecozuivel (Leusden, Provinz Overijssel, Niederlande) gemeinsam mit ihren Biomilch-Erzeugern entschlossen, das Fair Milch-Konzept der Upländer Bauernmolkerei aus dem hessischen Willingen-Usseln zu übernehmen. Die „Boeren Fair Melk“ wurde auf der BioFach-Messe zum ersten Mal vorgestellt. Die Upländer Bauernmolkerei hatte ihr Projekt im Januar 2005 gestartet, das Verbrauchern ermöglicht, einen Aufpreis von 5 Cent je Liter für die Milch zu zahlen, der direkt den heimischen Bauern zu Gute kommt. Seit Einführung stieg der Absatz um 10-20 Prozent, so die Molkerei. *pm*

Arla muss Strafe zahlen

Der dänische Molkereikoncern Arla Foods ist zu einer Geldzahlung von knapp 670.000 Euro an den Handelskonzern Metro verurteilt worden. Laut Deutsche Milchwirtschaft sah es das Gericht als erwiesen an, dass zwei Arla-Vertriebsmanager im Oktober 2003 bei einem Treffen mit Metro eine „Vermarktungszahlung“ von 200.000 DKR (26.790 €) leisteten. Diese Zahlung sei daran geknüpft gewesen, dass Metro Produkte des Arla-Konkurrenten Hirtshals aus dem Sortiment nehmen sollte. *pm*

Initiative „Freiheit für Geflügel“

Seit die Vogelgrippe in Deutschland angekommen ist, wird von interessierter Seite verstärkt gefordert, die so genannte „Kleingruppenhaltung“ in Käfigen zuzulassen. Neben der irrigen Annahme, Stallhaltung würde vor Infektionen schützen, stehen die finanziellen Interessen der Käfigproduzenten im Vordergrund. Um eine Aufweichung des Käfigverbots zu verhindern, hat sich Anfang März ein Aktionsbündnis unter dem Namen „Freiheit für Geflügel“ gegründet. Zu den Bündnispartnern gehören neben Tier- und Umweltschutzorganisationen vor allem Züchter, Produzenten und Verbände. Neben dem Verbot der Käfighaltung fordert die Initiative die Abschaffung der Massentierhaltung zugunsten kleiner Herden auf bäuerlichen Betrieben. *mn*

Protest gegen Aus für Öko-Schule

Schüler und Schülerinnen der bundesweit einmaligen Fachschule für ökologischen Landbau im niederrheinischen Kleve (Haus Riswick) protestieren gegen die Pläne der Landwirtschaftskammer NRW, die Aufnahme neuer Schüler/-innen für das nächste Schuljahr zu stoppen. „Der Hauptausschuss der Kammer möchte bereits angemeldeten jungen Landwirten die Weiterbildung zum Agrarbetriebswirt für ökologischen Landbau verweigern“, schreiben die Schüler/-innen. 22 Anmeldungen seien bis zum 15. April gefordert, 14 hätten Ende März vorgelegen, so die Mitteilung. Angesichts der Einmaligkeit der Schule in Deutschland fragen die Schüler/-innen: „Ist das die richtige Stelle zum Sparen?“ *pm*

EU-Bio-Verordnung: mehr Zeit!

Der von der EU-Kommission im Dezember veröffentlichte Verordnungsvorschlag stößt bei Anbauverbänden, Kontrollstellen und Händlern auf viel Kritik. Am 27. März veranstalteten die internationale Ökolandbauorganisation IFOAM und die Berichterstatter im Europäischen Parlament Aubert und Graefe zu Baringdorf eine Konferenz über die Neufassung der EU-Verordnung zum Ökolandbau. Hauptstreitpunkte sind neue Kennzeichnungsvorschriften, die die altbekannten Öko-Verbandsmarken schwächen würden; die neue Kontrollregelung, die sich an den Produktkontrollen für die Lebensmittelsicherheit orientieren soll, und die Frage der Drittlandsimporte. Die Berichterstatter werden die Anregungen und Kritiken in die Position des Parlaments einbringen. Sie drängen darauf, dass nicht übereilt entschieden wird, sondern dass Qualität vor Geschwindigkeit stehen muss. *ak*

Glücks-Milch-Models

Weshalb deutsche Models so schön sind, hat Heidi Klum dem Spiegel so erklärt: „...wegen der glücklichen deutschen Kühe mit der glücklichen deutschen Milch, die glückliche Kinder trinken“. Fehlt eigentlich nur noch ein Programm, das auch deutsche Milchbauern glücklich macht. *en*

Kurzes am Rande

Kooperation mit Nebenerwerbs-Verband

Landesversammlung der AbL Rheinland-Pfalz und Saarland

Am 8. März 2006 fand die erste Jahreshauptversammlung des neugegründeten AbL-Landesverband Rheinland-Pfalz und Saarland in Bitburg statt. Der schlechten Witterung trotzend, hatten sich Mitglieder und Interessierte eingefunden, um das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen.

In Vertretung des erkrankten 1. Vorsitzenden Ewald Frisch begrüßte der stellvertretende Vorsitzende Ottmar Burrelbach die Anwesenden und stellte kurz die geplante Kooperation mit dem Landesverband der Landwirte und Winzer im Nebenerwerb RLP vor. Für diese künftige Zusammenarbeit wurde den Mitgliedern eine Kooperationsvereinbarung vorgelegt, die in der Versammlung breite Zustimmung fand.

Der Landesgeschäftsführer Norbert Worm zeigte in seinem Jahresrückblick auf, wie viel Zeit und Arbeit in der Wiederbelebung eines funktionierenden Landesverbandes steckt. „Aber gemeinsam mit diesem motivierten Vorstand wird auch in Zukunft eine effektive Arbeit im Land möglich sein“, blickte er nach vorn. Für das nächste Geschäftsjahr sind Regionaltreffen in den einzelnen Regionen des Landesverbandes und ein AbL-Landestag in Altenkirchen im Herbst 2006 geplant.

Den Fachvortrag hielt Dr. Andrea Beste vom Mainzer Büro für Bodenschutz und ökologische Agrarkultur zum Thema nach-

haltiges Bodenmanagement und seine Auswirkungen auf die ländlichen Regionen. Sie wies deutlich darauf hin, dass auch in Rheinland-Pfalz und Saarland Bodenzerstörung aufträte. „Das ist nicht nur ein Problem in Entwicklungsländern – auch hier bei uns gilt es, diesem Problem durch gute fachliche Praxis entgegen zu wirken“, betonte sie.

Neben der Bewahrung der Grundlagen zur Erzeugung hochwertiger Produkte stellte sie die regionale Vermarktung als ein Mittel zur Wertschöpfung in den einzelnen Betrieben heraus. Nach einer regen Diskussion waren sich die Anwesenden einig, dass neben den Erzeugern auch die Verbraucher ihren Teil zur Erhaltung der Landwirtschaft beitragen können – und sollten: durch Bezahlung fairer Preise.

Der AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen berichtete aus der Bundesarbeit. „Die Grundsäulen der AbL waren Widerstand und Selbsthilfe, dies sind sie noch heute. Durch die Neugründung des Landesverbandes und seiner Zielsetzung, zum Beispiel im Widerstand gegen die Gentechnik, können auch in den Regionen dieses Landes klare Zeichen gesetzt werden“, zeigte er überzeugt. „Durch die Zusammenarbeit verschiedener Gruppen erreicht man viele Menschen im Land und schafft Interesse für die Landwirtschaft!“

Ulrike Haab



Foto: Schütze

AbL Chiemgau

Regionalgruppe erneuerte Vorstand

Bevor es zur Neustrukturierung und Neuwahlen für die AbL-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach ging, stellte Wolfgang König, stellvertretender AbL-Landesvorsitzender, den Bund deutscher Milchviehhalter (BDM) vor und warb für die Strategie des 40 Cent-Milchpreises. Er rief dazu auf, dem BDM das Verhandlungsmandat zu übertragen. Danach eröffnete AbL-Landesvorsitzender Sepp Bichler die Mitgliederversammlung der Regionalgruppe. Andreas Remmelberger, Reit b. Burgkirchen, wurde zum 1. Sprecher gewählt und Hubert Hochreiter, Dorfen b. Burgkirchen zu seinem Stellvertreter. Ute Gasteiger, Rott, wurde 1. Sprecherin und Maria Willeit, Holzhausen b. Griesstätt, zu ihrer Stellvertreterin. Inhaltlich will man sich weiter der Gentechnik widmen sowie der Bildungsarbeit zu den Themen Boden, Düngung und Klima. Die AbL-Regionalgruppe wird sich auch um die Fortführung des Vereins Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach kümmern, um auch weiterhin durch öffentliche Fördergelder Projektarbeit in der Region zu leisten. *pm*

Petition übergeben

5.600 Unterschriften für eine gentechnikfreie Region Chiemgau-Inn-Salzach, die auf der Bundesgartenschau 2005 in München von AbL und Biokreis gesammelt wurden, sind Mitte März von T. Daxenbichler, 1. Vorsitzender des Biokreis, und S. Brunnbauer an Bundesminister Seehofer übergeben worden. Der Minister sagte, er wolle nichts unternehmen, was diejenigen, die diese Technologie ablehnen, nicht wollten.

Betriebsspiegel

Bio-Milchbetrieb an der Grenze Steiermark/Salzburg auf 930 m Seehöhe. 18 ha eigenes, 16 ha gepachtetes Grünland (von 7 Verpächtern), 4 ha Wald. 20 Milch-, 7 Mutterkühe, plus Nachzucht, alles Fleckvieh. Gemeinschaftsschlachthanlage für Direktvermarktung. Kinder Annalena (7), Sebastian (5) und Matthias (2) Frau Doris ist Kinderkrankenschwester.

Es ist eine Missachtung der Arbeit Lebensmittel produzierender Landwirte und der heimischen Molkereibetriebe!“ habe ich einer Supermarktkette in einem offenen Brief vorgeworfen. „Unwürdig und unanständig!“ setzte ich noch nach, und als solches wurde

die Angelegenheit in den folgenden Tagen österreichweit in den Zeitungen veröffentlicht.

Ein importiertes Joghurt war in den Filialen des deutschen Konzerns eine Woche lang als „Österreichs billigstes Fruchtojoghurt“ statt für 29 Cent für 9 Cent je Becher angeboten worden.

„Billiger, als Ferkelfutter“, war mein Gedanke, als ich das Angebot in der Zeitung fand. „So etwas dürfen wir uns nicht gefallen lassen!“, hatte ich wenige Wochen zuvor bei der „IG-Milch“ gehört, und war dem neuen Verein beigetreten.

„Ich gehe davon aus, dass mit diesem Preis die Kunststoffverpackung und der

Transport bezahlt werden können, aber für die Arbeit und das Lebensmittel nichts übrig bleibt“, schrieb ich an die Konzernleitung. „9 Cent sind kein moralisch vertretbarer Preis für ein hochwertiges Lebensmittel, die Aktion führt unweigerlich zu einer Senkung der Milchpreise mit den Folgen der Betriebsaufgabe vieler Familien und dem Verfall der Kulturlandschaft.“

Innerhalb von 48 Stunden haben sich dann über 40 standfeste Obmänner regionaler Bauernorganisationen hinter meine Argumente gestellt und meine Initiative verstärkt.

Beim Handelsriesen gerieten die Manager gehörig ins Schwitzen, das Medien-

echo hatte wohl am Image gekratzt, und es standen auch Proteste der IG-Milch an.

In einem Brief an mich heißt es: „Es wäre uns geholfen, wenn Sie uns eine Aktion vorschlagen würden, die Ihrer Meinung nach Sinn macht“, und: „es war ein einmaliger Versuch, man wird doch noch Fehler machen dürfen.“

Ich schrieb zurück:

„Sehr geehrte Herren! Zu Ihrer Anfrage bezüglich Findung von Aktivitäten, um in der Sache Ihrer unnötigen Joghurt-Verschleuderungsaktion eine Wendung zum Positiven herbeizuführen, muss ich mitteilen, dass ich Ihnen innerhalb 24 Stunden zwischen Tierbetreuung, Heuernte und Kälbergeburt kein fertiges Konzept anbieten kann. Das ist nicht meine Aufgabe. Ich denke, sowohl bei meiner Interessensvertretung als auch bei Ihrem Konzern werden dafür Fachleute bezahlt. Mit Aktionen, wie der gegenständlichen Milchproduktverschleuderung liefern Sie [den anderen Ketten:] Billa, Spar, Hofer, Lidl, Penny, Zielpunkt usw. die Rechtfertigung, mit weiteren Niedrigpreisen zurückzuschlagen. Die Preisspirale geht weiter und wir Milchbauern verlieren die Existenz! Vielleicht sollten Sie einmal in dem Moment bei Bauernfamilien sein, wo die letzte Kuh aus dem Stall muss! Wie viele andere Landwirte bin ich nicht bereit, solche Aktionen im Handel untätig zur Kenntnis zu nehmen.“

Vergleichbare Aktionen mit Milch sind seither unterblieben.

Ach ja, im August 2005 hatte ich geschrieben: „Ist es möglich, unter gewohnten Qualitätsstandards, menschenwürdig und tiergerecht, genusstaugliche Milchprodukte zu einem Viertel des normalen Preises abzufüllen?“ Im Jänner 2006 nun die Schlagzeilen: „Glasplitter im Joghurt!“ – in diesem Joghurt!

Walter Stadlober, Österreich

„Preise unanständig“

Die Sonne scheint. Herrlich, endlich... Normalerweise ist die Stallarbeit heute morgen erledigt, aber wie gesagt: Die Sonne scheint – rein in den Hühnerstall – Schutzkleider und Stiefel, vorbei am „ZUFAHRT VERBOTEN“-Schild durch die „BETRETEN-FÜR-UNBEFUGTE-VERBOTEN“-Tür, hinein in die Perchloressigsäure-Hygienematte und dann rein ins Gegacker. Seit Oktober diese vorwurfsvollen Blicke. Nein Mädels, ich kann wirklich nix dafür, macht bloß keinen Scheiß heut Vormittag!

Zuerst auf die Süd-Ost-Seite, denn dort versammeln sich die Damen gerne nach dem Eierlegen, um ein Sonnenbad zu nehmen; in normalen Zeiten im Freien, jetzt im überdachten Außenklimabereich, trotz Beschattungsnetzen. Da wird es zum Teil eng an den beliebten Plätzen. Letzte Woche mussten ein paar Hühner ihr Leben lassen beim Drängeln. Seither kommt einer von uns bei Sonnenschein in den Stall, um in dieser Zeit für Sonnenbade-Ordnung zu sorgen.

Die Temperaturen im Stall steigen, und bei der vorderen Gruppe spüre ich die Unruhe. Jetzt heißt es aufpassen, dass nicht einige das Picken anfangen und sich verletzen. Also marschiere ich auf und ab, streue Körner, stelle Bodentränken auf mit leicht salzigem Wasser, halte Ausschau nach vielleicht schon verletzten Hühnern und erzähle zur Ablenkung lautstark Lügendgeschichten von baldigen Spaziergängen im Freien. Nebenbei spiele ich wieder Sonnenbademeisterin in der hinteren Gruppe.

Dann öffne ich alle wildvogelgesicherten Fenster und Luken, damit es durchzieht. Es scheint ruhig zu sein, und ich lehne mich ans Gitter und beobachte die Sonnenbaderinnen. Eine braune Henne ergreift die Gelegenheit und fliegt mir auf



Es ist Frühling

die Schulter – ob das seuchentechnisch wohl korrekt ist? Ich lasse sie.

Das Stroh wird uns nicht ausreichen bis zur Ernte, schon gar nicht bei weiterer Stallpflicht. Bisher konnten wir noch kein Neues bekommen. Sollen wir noch einen zusätzlichen überdachten Auslauf anbauen? Was kostet das, wie weit entlastet uns das von der derzeitigen Betreuungsintensität? Was können wir sonst noch tun, damit wir die Hühner gut durch den Sommer bekommen? Wer zahlt?

Die Vogelgrippe ist für uns schon seit Jahren gelebte Wirklichkeit, mit der wir

uns durch verschiedenste Maßnahmen arrangieren: An vorderster Stelle indem wir den Kontakt von Bestand zu Bestand und insbesondere zu intensiven Großbetrieben unterbrechen.

Auch dieser Virus ist für Hühner nicht gefährlicher, als diejenigen der letzten Jahre es waren, und das mit der großen Übertragungsgefahr durch Zugvögel ist mehr als fraglich. Meine Gedanken schwanken von Hysterie verbreitenden Medien zu Runden Tischen, an denen diejenigen gerade zu Tisch gebeten werden, die jetzt mit aller Kraft versuchen,

jene Strukturen wieder zu festigen, die genau zu solchen Problemen führen.

Bärbel Endraß

Betriebsspiegel

14 ha Biolandhof
Freiland-Haltung von 3.000 Legehennen, 2.000 Aufzuchtküken
Weihnachtsbaumkultur, Ferienwohnung
Futterkooperation mit anderen Bioland-Getreidebetrieben
Vermarktung ab Hof, Wochenmarkt, Einzelhandel

Mörsdorf: „Brotgetreide nicht verbrennen!“

Fast alle Bundesländer erlauben jetzt die Verbrennung von Ausschussgetreide. Saarlands Minister Mörsdorf begründet seinen Widerstand

Bauernstimme: Herr Minister Mörsdorf, Sie haben sich vehement gegen die energetische Nutzung von Getreide, sprich Verbrennung, ausgesprochen. Die anderen Bundesländer haben dazu Ausnahmegenehmigungen erlassen. Stehen Sie bundesweit auf einsamem Posten?

Minister Mörsdorf: Das glaube ich nicht. Zwar finde ich unter Agrarpolitikern keine Mehrheit, doch bei der Bevölkerung ist es umgekehrt. Hier habe ich im Saarland sehr viel Zustimmung erhalten. Ich muss aber noch einmal differenzieren: Ich habe überhaupt kein Problem mit der energetischen Nutzung von Biomasse. Kritisch sehe ich, dass man nun Brotgetreide mit einem hohen symbolischen Wert in unserer Kultur verbrennen will.



Stefan Mörsdorf, Minister für Umwelt und Landwirtschaft im Saarland

vielmehr von Ausschussgetreide, etwa mit Fusarienbefall ...

Das ist in Ordnung. Allerdings muss man hier die Preisunterschiede bedenken. Da liegt die Versuchung nahe, den Anteil von Ausschussgetreide einfach zu erhöhen. Wer soll das denn kontrollieren?

Was wir dringend brauchen ist die gesellschaftspolitische Diskussion: Was sind uns Lebensmittel wirklich wert? Am Beispiel Getreide zeigt sich deutlich, dass die Erlössituation so unbefriedigend ist, dass es günstiger kommt, hochwertige Lebensmittel zu verbrennen. Das ist der eigentliche Skandal!

Das man nun den Weg für die energetische Nutzung von Getreide öffnet – wobei ich nicht glaube, dass

es bei Ausschussgetreide bleiben wird, – lenkt von dieser grundsätzlichen Diskussion ab. So ist der Verbraucher bereit, etliche Euro für Sprit zu zahlen, Speiseöl darf aber nicht mehr als 99 Cent

Getreidekörner für Nahrungszwecke sind von den Ausnahmegenehmigungen ausgeschlossen, und auch die Kirchen sprechen sich dagegen aus. Die Rede ist

Einfach Weizen verheizen?

Bauern betonen Mehrwert. Kirchen haben eingelenkt. Technische Probleme bleiben

Vor 30 Jahren schrieb ein amerikanischer Wissenschaftler: „Die Preisuntergrenze der Agrarprodukte wird von ihrem Heizwert bestimmt!“ Diese These ist inzwischen widerlegt. Mit dem Verheizen von Brotgetreide ließe sich heute mehr Gewinn erzielen.

Ein Beispiel: Für eine Tonne Getreide gibt es 90 Euro. Würde der Landwirt diese Tonne Getreide verheizen, könnte er 200 Euro an Heizölkosten einsparen. Derzeit kostet der Liter Öl im Schnitt 40 bis 50 Cent. Für das Kilo Getreide gibt es 9 Cent, wobei 3,5 kg Ausschuss- oder 2,5 kg Qualitätsgetreide einen Liter Heizöl ersetzen können.

Noch kein Regelbrennstoff

Noch ist Getreide nicht als Regelbrennstoff für Kleinanlagen unter 100 kW nach Immissionsschutzgesetz zugelassen. Getreideverbrennung findet also in einer rechtlichen Grauzone statt.

In Bayern z. B. heizt Franz Pentenrieder seinen kleinen Familienbetrieb seit

vier Jahren mit einem 22 kW BAXI-Getreidekessel. Auf die ethische Frage hat er eine klare Antwort: „Mit dem angeblich so hohen Symbolwert des Getreides können wir Bauern weder Rechnungen noch Steuern bezahlen. Für uns ist der Marktwert entscheidend! Und dieser Wert wird durch das Verheizen nicht reduziert, sondern verdreifacht!“

Kirchen lenken ein

Nun hat der Deutsche Bauernverband die Kirchen zum Einlenken gebracht, die Bedenken hatten, angesichts des Hungers auf der Welt Getreide zu verbrennen. Jetzt argumentieren viele Kirchenvertreter, dass Energie ja auch ein Lebensmittel sei.

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich der Ausschuss für den Dienst auf dem Lande in der Evangelischen Kirche Deutschlands und die Katholische Landvolkbewegung mit dem Bauernverband Anfang Februar für einen Mix erneuerbarer Energien ausgespro-

kosten. Genauso ist es mit Milch und anderen Lebensmitteln.

Ich glaube, dass man über das Thema Getreideverbrennung ein anderes Problembewusstsein schaffen könnte. Deshalb würde ich mir wünschen, dass die Landwirtschaft sich ganz laut und deutlich dazu bekennt, dass für sie Verbrennen nicht in Frage kommt. Doch im Moment passiert genau das Gegenteil. Mit dem Argument Ausschussgetreide wird augenzwinkernd der Einstieg in die Getreideverbrennung begangen. Denn jeder weiß: Was nachher auf den Betrieben geschieht, kann eh keiner mehr kontrollieren. Ich vermisse hier die klare Aussage, wie man mit Brotgetreide künftig umgeht.

Nun hält die Landwirtschaft dagegen, dass der Markt eben so ist und dass die Betriebe am Markt existieren müssen. Ein Verfechter der Getreideverbrennung aus Franken sagt dazu: „Brotgetreide ist in Deutschland doch weniger wert als gekörntes Sägemehl.“

Unser täglich Brot – mehr als ein Nahrungsmittel!

Foto: Erdmanski-Sasse

chen, der auch Getreide einschließt. Genannt werden die Nutzung von Ausschussgetreide und speziellem Energiegetreide. Letzteres zeigt, wohin die Reise geht: Mit Hilfe der Gentechnik soll so genanntes Energiegetreide gezüchtet werden, das nicht zur menschlichen Ernährung bestimmt ist.

Länder öffnen Rechtsweg

Bundesweit haben alle Länder mit Ausnahme des Saarlands und Berlin nun Ausnahmegenehmigungen für die Verbrennung von Getreide auf landwirtschaftlichen Betrieben erlassen. Diese schließen Getreide, das als Nahrungsmittel verwendbar ist, aus. Doch wer will das kontrollieren, wo die Verbrennung von Qualitätsgetreide bedingt durch das Preistief unter wirtschaftlichen Aspekten lukrativ ist. Der Bauernverband will mehr und fordert, Getreide als Regelbrennstoff zuzulassen. Doch dem stehen vorerst technische Probleme entgegen. Da Getreide-

Das ist richtig. Die Leidtragenden der niedrigen Getreidepreise sind die Bauern. Aber die Frage ist doch, ob die Mechanismen des Marktes auch dort greifen dürfen, wo es um die Wurzeln unserer christlichen Kultur geht. So bitten wir im Vaterunser um das täglich Brot. Ökonomisch-rational wäre es, Brotgetreide zu verbrennen. Für mich gibt es da aber Grenzen.

Ich vermisse ein klares Bekenntnis, dass Brotgetreide einen deutlich höheren Wert hat als das, was an Preis momentan gezahlt wird. Leider hat sich auf der Agrarministerkonferenz kürzlich gezeigt, dass sich außer mir kein Minister mit dem kulturellen Wert von Brotgetreide auseinandersetzen will. Was mich dabei erschreckt ist die mangelnde Bereitschaft, sich mit dem Verlust kultureller Werte in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Vielen Dank für das Gespräch.

we



körner viel Eiweiß enthalten, entstehen bei der Verbrennung Stickoxide. Auch stellen Staubemissionen noch ein Problem dar. Mit Filtern und aufwändiger Technik lasse sich dieses Emissionsproblem in größeren Anlagen beherrschen, so das Öko-Institut Darmstadt. Für die Kleinfeuerungsanlagen auf den Höfen sei dieser Aufwand schlicht zu teuer. Stellt sich die Frage, ob das „Heizen mit Weizen“ wirklich eine sinnvolle Alternative der Energieerzeugung für bäuerliche Betriebe ist.

we



Es geht um richtig viel Geld. Bäuerliche Betriebe, besonders Milchviehbetriebe in Grünlandregionen, nehmen an den verschiedenen Förderprogrammen der zweiten Säule teil. Besonders Agrarumweltmaßnahmen und Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sichern ihre Einkommen mit ab, in Baden-Württemberg und Bayern in ähnlicher Höhe wie die Direktzahlungen (siehe unten). Doch nachdem die EU die Mittel für die nächsten Jahre um bis zur Hälfte streicht, müssen die Länder Prioritäten setzen. Das Beispiel Nordrhein-Westfalen lässt Schlimmes befürchten (siehe Seite 13). Gut, dass Österreich zeigt, wie es anders gehen kann (ebenfalls Seite 13).

Angesichts der Auswirkungen auf die Betriebe wie auch für die Umwelt zeigen sich Verbände über die mangelhafte Beteiligung durch die Landesregierungen enttäuscht (siehe Seite 12). Nicht nur die Evaluierungsberichte über die bisherigen Erfahrungen kommen zu spät.

Kürzungen der 2. Säule treffen vor allem Milchbetriebe

Ausgleichszulage und Agrarumweltmaßnahmen sind die umfangreichsten Maßnahmen. Sie greifen vor allem in Grünlandgebieten

Die zweite Säule der Agrarpolitik, also die Förderung der „Ländlichen Entwicklung“, ist in Gefahr. Der ehemalige EU-Agrarkommissar Fischler wollte sie zu einer wirklichen Säule ausbauen, spätestens ab 2007. Daraus droht nun nichts zu werden. Die Mittel der EU für diesen Bereich sind von den Regierungschefs im Dezember kräftig gestrichen worden, EU-weit um 22 Prozent, in Deutschland um rund 35 Prozent, in Westdeutschland sogar um bis zu 47 Prozent. Auch wenn die Mittel auf EU-Ebene nur einen kleinen Teil der Agrargelder ausmachen (unter 20 Prozent) und das den Bauernverband dazu verleitet, sich auf die Direktzahlungen der ersten Säule zu konzentrieren, täuscht der Eindruck, diese zweite Säule spiele auf den Betrieben keine Rolle.

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg spielt die zweite Säule für viele Betriebe sogar eine größere Rolle als die (entkoppelten) Direktzahlungen aus der ersten Säule, vor allem in benachteiligten Gebieten, wo Betriebe neben der Ausgleichszulage (als Ausgleich für die natürliche Standortbenachteiligung und Versuch, Chancengleichheit am Markt zu ermöglichen) auch stärker an Agrarumweltmaßnahmen (Extensivierungsprogramme u.a.) teilnehmen als in den Gunstlagen. Das wird auch an den Gesamtzahlen für Baden-Württemberg deutlich. An Direktzahlungen aus der ersten Säule erhielten die landwirtschaftlichen Betriebe im Ländle im Jahr 2005 knapp 390 Mio.

Euro (alleine von der EU finanziert). Nur etwas weniger, nämlich 330 Mio. Euro waren es aus der zweiten Säule (EU-, Bundes- und Landesmittel zusammen). Ins Verhältnis gesetzt, macht das Geld aus der zweiten Säule 46 Prozent der staatlichen Agrarmittel aus den beiden Säulen aus. Das reicht schon fast an österreichische Verhältnisse heran.

Österreich

Dort ist das Verhältnis sogar umgekehrt, d.h. die Summe der Mittel, die in die Ländliche Entwicklung (2. Säule) gehen, ist insgesamt deutlich höher als die Summe der EU-Direktzahlungen aus der 1. Säule. Für das Jahr 2005 hat Österreich für das dortige „Programm Ländliche Entwicklung“ knapp 1,1 Mrd. Euro veranschlagt (davon 490 Mio. Euro von der EU). An EU-Direktzahlungen aus der 1. Säule dürfen die österreichischen Bauern für 2005 zusammen mit 650 Mio. Euro rechnen.

Damit stammen von den staatlichen Agrargeldern 62 Prozent aus der zweiten Säule und 38 Prozent aus den Direktzahlungen. Übrigens machen die Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL, 62 %) und die Ausgleichszulage (26 %) in Österreich zusammen 88 Prozent der Gesamtmittel des Programms Ländliche Entwicklung aus, die Investitionsförderung kommt auf knapp vier Prozent (siehe Bericht auf Seite 13).

Bayern

Zurück über die Grenze, nach Bayern, sieht die Welt wieder anders aus. Hier

fließt zwar mit rund 420 Mio. Euro mehr Geld in die unterschiedlichen Programme der zweiten Säule als in Baden-Württemberg, aber im Verhältnis zu den Direktzahlungen von über 1 Mrd. Euro aus der ersten Säule macht sich das doch bescheidener aus. Doch es ist immer noch beachtlicher als in den nördlichen Ländern, wie Niedersachsen oder gar Schleswig-Holstein. Niedersachsen stellt für seine zweite Säule jährlich nur rund 170 Mio. Euro (EU-, Bundes- und Landesmittel) bereit, davon 22 Prozent für die Agrarinvestitionsförderung und 18 Prozent für Agrarumweltmaßnahmen wie Vertragsnaturschutz; eine Ausgleichszulage bietet das Land den Landwirten nicht an. Aus der ersten Säule fließen 850 Mio. Euro jährlich nach Niedersachsen.

Auffällig ist in Bayern, welche Betriebsformen an welchen Fördermaßnahmen teilnehmen. Laut Bayerischem Agrarbericht kamen die Milchviehbetriebe im Jahr 2003 durchschnittlich auf 5.600 Euro aus Ausgleichszulage (2.260 €) und Agrarumweltmaßnahmen (KULAP, 3.349 €) – übrigens nur unwesentlich weniger als die Milchviehbetriebe im Schnitt an Direktzahlungen der 1. Säule bekamen (5.677 €/Betrieb). Aber nicht nur die Milchviehbetriebe in Bayern „profitieren“ von dem Ausgleich für die umweltorientierten Bewirtschaftungsauflagen des KULAP: Der Durchschnitt aller Betriebe erhält aus KULAP-Mitteln rund 2.700 €/Jahr (Zahlen für das Wirtschaftsjahr 2002/03).

Mittlere Betriebe

Dass die Agrarumweltmaßnahmen und die Ausgleichszulage im Süden Deutschlands besonders stark genutzt werden, lässt schon vermuten, dass vor allem kleinere und mittlere Betriebe teilnehmen. Die größeren Betriebe erhalten bundesweit in absoluten Zahlen zwar mehr – viele Zahlungen beziehen sich eben auf die Fläche –, aber wenn man den einzelnen Hektar nimmt, dann sieht es anders aus:

Haupterwerbsbetriebe von 8-16 ha erhalten laut Testbetriebsnetz 185 €/ha, während die größte Betriebsgrößenklasse mit mehr als 100 ha mit 78 €/ha weniger als die Hälfte davon erhält. D.h. die Teilnahme an Programmen der 2. Säule ist bei kleineren Betrieben erheblich größer, etwa doppelt so groß. Genau hier wird nun gekürzt.

Fazit

„Die Agrarumweltmaßnahmen haben insgesamt dazu beigetragen, eine standortspezifische Bewirtschaftung aufrechtzuerhalten, den Einsatz bestimmter Betriebsmittel zu senken und insbesondere ein artenreiches Grünland zu erhalten“, schreibt das Bundesministerium in seinem Strategieplan für die Ländliche Entwicklung der nächsten Jahre. Wer das nun aufgeben will, handelt nicht nur ökologisch kontraproduktiv, sondern nimmt den Betrieben, vor allem denen in natürlichen Grünlandregionen, einen wesentlichen Einkommensteil. Verlässliche Politik sieht anders aus.

Quo vadis ländliche Entwicklung

Die ersten sechs Jahre „Ländliche Entwicklung“ seit Beginn der Agenda 2000 sind vorbei. Was haben sie den Landwirten gebracht? Welche Schwerpunkte werden vor dem Hintergrund knapper werdender Kassen für die Zukunft gesetzt?

Die Debatte über das Geld, das die EU für die Fördermaßnahmen der Ländlichen Entwicklung zur Verfügung stellt, fällt mit der inhaltlichen Überarbeitung der Förderprogramme in den Bundesländern zusammen. Die laufenden Programme waren auf den Zeit-



raum 2000-2006 angelegt. Dann sollten – das wurde schon damals von der EU festgelegt – die Programme inhaltlich überarbeitet werden. Um dafür eine Grundlage zu haben, machte die EU den Nationalstaaten bzw. in Deutschland den Bundesländern zur Auflage, die eigenen Programme von neutralen Stellen mehrmals überprüfen (evaluieren) zu lassen: einmal zur Halbzeit und einmal am Ende.

Verspätete Evaluierungen

Die erste Evaluation stand schon im Jahr 2003 an, und damit drei Jahre nach dem Beginn der Förderung. Alle Länderprogramme wurden Prüfungen in Bezug auf die Mittelverwendung und das Erreichen der angestrebten Ziele unterzogen. Diese in der Mitte des ersten Förderzeitraums 2000-2006 liegende Halbezeitevaluation zeichnete aber nur ein unvollständiges Bild der Situation. Denn viele Programme liefen erst mit großer zeitlicher Verspätung an. Damals wurden die Beschlüsse zur Agenda 2000 erst neun Monate vor Anlaufen der neuen Förderperiode gefasst, die endgültigen Rechtstexte, wonach sich die Bundesländer zu richten hatten, waren erst Mitte 1999 (Verordnung 1257/1999) bzw. sogar erst im Dezember 1999 (Durchführungsverordnung) gefasst. Und die EU-Kommission brauchte mehr als das versprochene halbe Jahr zur Genehmigung der Programme. So waren viele Förderprogramme erst im Jahr 2002 von den Landwirten abrufbar.

Weil also im Jahr 2003 noch wenig zu überprüfen war, wurde eine so genannte „Aktualisierung der Halbezeitbewer-

“ vereinbart, die die Jahre 2000-2004 betrachtet. Deren Ergebnisse liegen allerdings zur Zeit nur in wenigen Bundesländern offiziell vor, zum einen wegen der langen Bearbeitungszeit. Die einzelnen Evaluationen haben einen Umfang von bis zu 700 Seiten und analysieren eine Vielzahl von Förderprogrammen. Zum anderen müssen die Evaluationen, bevor sie veröffentlicht werden können, eine Prüfung durch die EU durchlaufen. Solange die EU ihre Zustimmung nicht gegeben hat, kennen nur die staatlichen Stellen als Auftraggeber die Inhalte.

Zu wenig Beteiligung

Für die weiteren Planungen ist dies von großem Nachteil, da neben den staatlichen Stellen in sogenannten „Beteiligungsverfahren“ auch die Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialverbände an dem Planungsprozess beteiligt werden müssen. Die deutliche Kritik der Wirtschafts- und Sozialverbände (WiSo-Verbände) an dem bisherigen Prozess ist deshalb nicht überraschend. Aus ihrer Sicht wäre es wünschenswert, wenn die Evaluation und Neuausrichtung als ein nach außen offener Lern- und Entwicklungsprozess verstanden würde, der alle gesellschaftlich betroffenen Gruppen frühzeitig und intensiv mit einbezieht.

Auch die Existenz der im März und April dieses Jahres terminierten Verbände-Anhörungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die spezifische Ausrichtung der Maßnahmen in ihren Kernpunkten zu diesem Zeitpunkt von den Landesbehörden bereits festgelegt wurde.

Der rechtliche Rahmen

Auf EU Ebene gibt die ELER-Verordnung (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes) den Rahmen für die förderfähigen Projekte und Maßnahmen vor. Innerhalb dieses Rahmens haben die Mitgliedsländer einen nationalen Strategieplan auszuarbeiten, der die übergeordneten Ziele und die zu beschreitenden Wege klar benennen soll. Die konkrete Ausformulierung der Maßnahmen und Programme hat dann in einem Entwicklungsplan zu erfolgen, den in Deutschland aber nicht der Bund, sondern die Länder aufstellen. Um die Kofinanzierung aus der EU zu gewährleisten, sind die Länder an die Vorgaben der ELER-Verordnung und des Nationalen Strategieplanes gebunden. In-

haltlich ist der Spielraum aber sehr groß.

Aus Sicht der Ländlichen Entwicklung ist dieses föderalistische Vorgehen sehr zu begrüßen. Denn die landwirtschaftlichen Strukturen in den unterschiedlichen Regionen Europas und auch Deutschlands sind keineswegs homogen. Es ist deshalb sinnvoll, die Ausgestaltung der Förderprogramme den betroffenen Regionen zu überlassen. Allerdings wäre es angesichts der sinkenden Finanzmittel für die zweite Säule wünschenswert gewesen, dass die Bundesregierung mit der nationalen Strategie klare Schwerpunkte gesetzt hätte. Österreich hat da klarere Aussagen zustande gebracht (siehe Seite 13).

Es ist notwendig, sich auf einige Bereiche zu beschränken, um mit den vorhandenen Mitteln den ländlichen Raum bestmöglich zu stärken.

Doch die Bundesregierung hat eine solche Prioritätensetzung versäumt und schafft durch Liberalisierungen, wie die gerade erst beschlossene Entkopplung der Investitionsförderung für Tierställe von Umweltstandards zusätzliche Spielräume. Es sei inakzeptabel, dass öffentliche Gelder zur Förderung einer industriellen Massentierhaltung verwendet würden, sagt NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Dies gelte umso mehr, als die Stallbauförderung aus dem Budget der ländlichen Entwicklung erfolgen solle, das bisher für besonders tier- und umweltgerechte Betriebe vorgesehen war.

Ruf nach Stallbauförderung

Der Deutsche Bauernverband (DBV) fordert, dass die geringen finanziellen Mittel zu einer Konzentration auf Teilbereiche der zweiten Säule konzentriert werden müssen. „Wachstum und Investition. Wettbewerbsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit in der Land- und Forstwirtschaft müssen klaren Vorrang haben“, sagt der DBV-Präsident Gerd Sonnleitner. Damit hält der Bauernverband an dem Modell „Wachsen oder Weichen“ fest.

Bei den konkreten Maßnahmen ist davon auszugehen, dass sich der Bauernverband an den in der Halbezeitevalua-

tion enthaltenen Empfehlungen der FAL orientiert. Einheitlich für alle Bundesländer hat die FAL die erste Achse „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ untersucht. Die Wissenschaftler aus Braunschweig legen bei ihren Empfehlungen für zukünftige Maßnahmen einen deutlichen Schwerpunkt auf die Förderung der leistungsstarken und schon in der Vergangenheit hochproduktiven Betriebe. Empfohlen wird, Investitionen erst ab einem Mindestbetrag von 50.000 € zu fördern. Eigenleistungen sollen bei der Kalkulation gar nicht mehr berücksichtigt werden. Die Förderung von Junglandwirten und Existenzgründungen soll entfallen, da durch Rationalisierung die Zahl der Stellen abnimmt. Und die Belange des Tier- und Umweltschutzes bedürfen keiner gesonderten Förderung, da sie nach Meinung der Autoren durch die Vorgaben der Cross Compliance abgedeckt seien.

Andere Forderungen

Deutlich andere Schwerpunkte setzen die Empfehlungen der WiSo-Verbände. Vor dem Hintergrund der im Dezember beschlossenen Kürzungen der Mittel der zweiten Säule und der gleichzeitigen Aufgabenerweiterung durch Natura 2000 und die Wasserrahmenrichtlinie betont Wolfram Güthler vom Deutschen Verband für Landschaftspflege die Notwendigkeit klare Schwerpunkte in der Förderung zu setzen und mögliche Synergien zwischen den drei Achsen zu nutzen.

Der Erhalt der natürlichen Agrarlandschaft, der in aller Regel mit erheblichem Mehraufwand verbunden ist, bietet hierfür einen nahezu optimalen Rahmen. Er gewährleistet die sensible Bewirtschaftung und damit den Schutz gefährdeter Gebiete. Er sichert die Zukunft der meist kleineren bäuerlichen Betriebe und deren Arbeitsplätze. Und durch die Förderung von Tourismus und Regionalvermarktungsprojekten werden die der Landwirtschaft nachgelagerten Bereiche unterstützt.

Fortsetzung auf Seite 13 unten ►



Stroh macht Arbeit und zufriedene Tiere

Das Festmistprogramm in NRW wirkt mehrfach. Minister Uhlenberg will es streichen, ebenso wie die Weideprämie und ab 2010 auch die Ausgleichszulage. Das trifft die Betriebe hart

Wilhelm Eckey wirtschaftet auf seinem Hof nach NEULAND-Kriterien. Er ist einer der Mitbegründer des Programms für artgerechte und umweltschonende Nutztierhaltung: „Wir wollten Partner am Markt finden, die bereit sind, einen Preis für unsere Erzeugnisse zu zahlen, der uns überleben lässt, ohne den Betrieb ständig wachsen zu lassen.“ Auf Eckey's Hof werden 280 Schweine, 40 Rinder und 120 Hähnchen gemästet. 700 Hennen legen Eier, auf einem Hektar werden Kartoffeln für die Direktvermarktung angebaut und die übrigen 45 Hektar Ackerland werden mit verschiedenen Getreidesorten und Ackerbohnen in vielfältiger Fruchtfolge bebaut.

Seine Frau und seine 4 Kinder leben von dem Hof, die Eltern packen noch ein bisschen mit an und Mitarbeiter An-

reas hilft stundenweise vor allem bei der Arbeit, die das Stroh macht. Die 40 Rinder bekommen täglich einen Rundballen Stroh. Und auch die Schweine brauchen ständig Nachschub. Diese Haltungsform, Festmisthaltung genannt, ist für die Tiere besonders artgerecht. Sie können sich hinlegen, drin rumschnuffeln und haben ausreichend Platz für Bewegung. Ein Beheizen des Stalls ist nicht notwendig und der Energiebedarf somit um einiges geringer als bei der Haltung auf Spaltenböden.

Aus diesen verschiedenen Gründen beschloss das Ministerium in NRW vor acht Jahren, die Festmisthaltung mit Geldern der zweiten Säule finanziell zu fördern. Auch Bauer Eckey erhält aus diesem Topf jedes Jahr Unterstützung für seine arbeitsaufwändigere Hal-

tend, nehmen derzeit an dem Programm teil, sie werden dann ab 2007 auf diese Förderung verzichten müssen. Neben der AbL haben Bioland und der BUND diese Streichpläne auf der Anhörung heftig kritisiert.

Auch anderen Förderprogrammen will der neue Minister an den Kragen, und er wird dabei von den beiden Bauernverbänden (WLV und RLV) im Land unterstützt. Die Grünlandextensivierung auf Einzelflächen soll fallen, die vielfältige Fruchtfolge in der Prämienhöhe verringert werden. Vor allem aber soll auch die Weideprämie wegfallen. Für den Eckey'schen Hof werden diese Programmstreichungen zu einem Betriebseinkommensverlust von 13 Prozent führen.

1,5 Cent je Liter Milch

Von den Kürzungen besonders betroffen sein werden die Milchbauern in Grünlandgebieten. Die Weideprämie, die nun wegfallen soll, honoriert vor allem Milchviehbetriebe dafür, dass die Kühe nicht ganzjährig im Stall stehen, sondern im Sommer (1. Juni-30. Sept) täglich auf die Weide kommen. Es ist eben nicht mehr selbstverständlich, dass die Kuh frisches Gras frisst. Pro Hektar gibt es dafür heute 100 bis 140 Euro. Umgerechnet sind das rund 1 Cent je Liter Milchgeld. „Welcher Schlag ins Gesicht für die Milchbauern in den Mittelgebirgslagen rund um das Rheinland“, ist

Bernd Schmitz, konventioneller Milchbauer im Bergischen Land sauer.

Damit nicht genug: Ab 2010 soll auch die „Ausgleichszulage“ wegfallen, die den Betrieben in von der Natur benachteiligten Gebieten, z.B. den Mittelgebirgen (Sauerland, Eifel, Bergisches Land), gezahlt wird. In NRW wird die Aus-



gleichszulage hier nur für Grünlandflächen gewährt. Laut offiziellem Evaluierungsbericht trägt die Zulage mit knapp einem Fünftel zum Betriebsgewinn der betroffenen Milchviehbetriebe bei. Über 7.600 Betriebe nehmen teil. Im Durchschnitt macht der Ausgleich gut 85 Euro je Hektar aus, also – umgerechnet auf den Liter Milch – gut 0,5 Cent/Liter Milch in Milchviehbetrieben. Noch ist nichts endgültig beschlossen. Aber bislang zeichnet sich in der Ministeriumsspitze kein Umdenken ab.

Sonja Korpeter/uj



Österreich: 524 Millionen für Agrarumweltmaßnahmen

Andere Schwerpunktsetzung in Österreich. Berglandwirtschaft wird besonders gefördert

Die EU-Vorgaben für die Umsetzung der ELER-Verordnung geben den Mitgliedsländern die Freiheit, eigene Schwerpunkte für die zweite Achse „Ländliche Entwicklung“ zu setzen. Der Blick nach Österreich zeigt, dass die einzelnen Mitgliedsländer die Möglichkeit zur individuellen Ausgestaltung nutzen. Anders als in Deutschland gibt es ein

Fortsetzung von Seite 12 ►

Derzeit werden die in den Landesbehörden erarbeiteten Förderkulissen den Verbänden vorgestellt. Änderungen sind aufgrund des engen Zeitrahmens nahezu nicht mehr möglich. Und so kann man nur hoffen, dass die Länder sozial-ökologische Schwerpunkte gesetzt haben und die zweite Säule nicht zu einem Instrument der Investitionsförderung umfunktionieren.

Marcus Nürnberger

für alle Bundesländer gültiges Österreichisches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ÖPFEL).

Der Schwerpunkt liegt in Österreich auf den Agrarumweltmaßnahmen (so genannte Achse II). Die beiden anderen Achsen (Achse I: Wettbewerbsfähigkeit, inkl. Investitionsförderung und Qualifizierung; Achse III: Diversifizierung) bekommen mit jeweils 10 Prozent gerade von der EU vorgeschriebenen Mindestsatz.

Bei veranschlagten 1.000 Mio. Euro, die für die ländliche Entwicklung zur Verfügung stehen, bleiben rund 800 Mio. Euro für die zweite Achse. Davon sind 276 Mio. Euro für die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete vorgesehen. Für das Österreichische Programm für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) stehen mit 524 Mio. Euro über ein Viertel der Gesamtmittel zur Verfügung. Österreich hat auf EU-Ebene so gut verhandelt, dass es kaum auf EU-Mittel verzich-

ten muss. Die wenigen Kürzungen werden in Österreich durch eine gleichmäßige Verteilung auf alle Programme des ÖPUL aufgefangen. Die Ausgleichszulage erfährt dagegen keine Kürzung. „Wir wollen damit ein klares Signal an die Bergbauern senden“, sagt Landwirtschafts- und Umweltminister Josef Pröll. Die besondere Bedeutung der Berglandwirtschaft zeigt sich auch in den Förderschwerpunkten „Alpung und Behirtung“ und „Mahd von Steilflächen“. Darüber hinaus ist der biologische Landbau eine prioritäre Maßnahme. Österreich trägt mit dieser Schwerpunktsetzung den geographischen Besonderheiten des Landes Rechnung. Dennoch machen Organisationen wie der unabhängige Bauernbund darauf aufmerksam, dass die Kürzung der Mittel im ÖPUL für viele kleine Betriebe in Berggebieten den Ruin bedeutet. Die Programmplanung war in Österreich als mehrstufiger Dialogprozess an-

gelegt. Beteiligt waren Vertreter von Bauern, Bioverbänden, Ländern und Kammern. Grund zur Kritik gab es auf Seiten der Nichtregierungsorganisationen, insbesondere der Bergbauernvereinigung. Und dies obwohl die Berglandwirtschaft ein Kernpunkt des Programms bildet. Zwar wurden die Verbände immer über den aktuellen Stand des Verfahrens informiert. In die Entwicklung waren sie jedoch nicht eingebunden. Erst im Februar diesen Jahres konnten konkrete Anregungen von den Verbänden eingebracht werden. Aufgrund des nunmehr engen Zeitplans ist ungewiss, ob diese noch Eingang in die Programme finden.

Trotz der Kritik lässt sich feststellen, dass es in Österreich im Vergleich zu Deutschland besser gelungen ist, die betroffenen Gruppen am Prozess der Programmentwicklung zu beteiligen und so Transparenz zu schaffen.

Marcus Nürnberger

Neue Standards für Schweinehaltung

Am 7. April steht die bundesweite Schweinehaltungsverordnung zum wiederholten Male im Bundesrat zur Abstimmung. Mehrere Bundesländer werden erneut versuchen, die Zustimmung an eine Aufhebung des Verbots der Käfighaltung bzw. die Erlaubnis der ausgestalteten Käfige zu koppeln. Die Bundesregierung steht unter Zeitdruck. Setzt sie die EU-Vorgaben bei den Schweinen nicht in den nächsten Monaten um, drohen Strafzahlungen der EU. Der noch von der ehemaligen Ministern Künast auf den Weg gebrachte Verordnungsentwurf zur Schweinehaltung, der nie rechtskräftig wurde, ist unter Minister Seehofer stark überarbeitet worden und geht nun nur unwesentlich über die EU-Richtlinie hinaus. Vor allem die Tierschutzstandards sind auf ein Minimum reduziert. Die Verordnung in ihrer jetzigen Form begünstigt die industrielle Schweineproduktion. Anlagen mit bis zu 85.000 Schweinen, wie eine derzeit in Hassleben von einem niederländischen Investor geplant wird, kommt sie entgegen. *mn*

Gegen Millionen-Hennen-Anlage

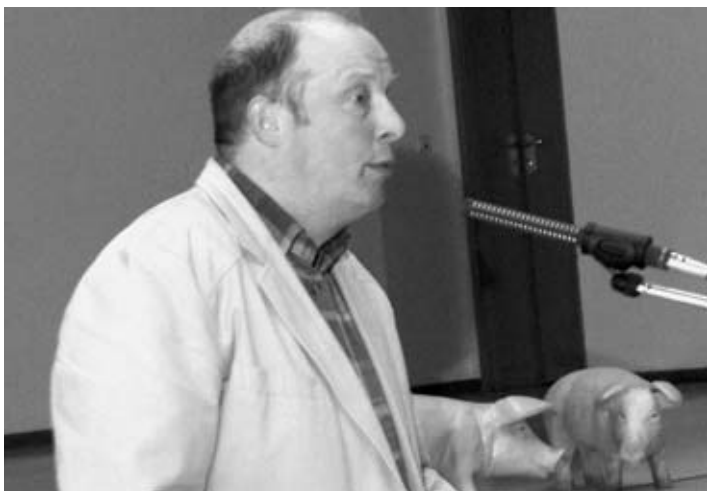
In der niedersächsischen Grafschaft Bentheim formiert sich Protest gegen eine in Hoogstede geplante Legehennen-Anlage für eine Million Hühner. Nach einer Unterschriftenaktion prüft Bürgermeister Emsink (CDU) laut *Welt* nun auch juristische Schritte gegen die Baupläne des niederländischen Investors. *pm*

Thalheim berät Genossenschaften

Dr. Gerhard Thalheim (SPD), bis 2005 langjähriger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, ist seit Februar 2006 Berater für Agrarpolitik beim Mitteldeutschen Genossenschaftsverband (MGV), Chemnitz, berichtet der *Ernährungsdienst*. Der Prüfungs- und Beratungsverband vertritt insbesondere die 344 Agrargenossenschaften und deren Tochtergesellschaften in den ostdeutschen Bundesländern. *pm*

Nordzucker: „Leichen im Keller“

Bei einer heftigen Auseinandersetzung im Nordzucker-Konzern setzte sich der seit 2003 amtierende Vorstandschef Ulrich Nöhle gegen den Finanzvorstand Jens Fokuhl durch. Nöhle war bei einigen alten Aufsichtsratsmitgliedern unter Beschuss geraten, weil er den früheren Kauf von Unternehmen der Pharma- und Stärkebranche durch den ehemaligen Vorstandschef Götz von Engelbrechten als „falsch und wertevernichtend“ angeprangert hatte. Dabei seien „viele Millionen versenkt“ worden. Laut *Hannoversche Allgemeine* befürchteten von Engelbrechten und sein „Gefolgsmann“ Fokuhl, dass der neue Konzernchef noch mehr „brisante Sachen“ und „Leichen aus dem Keller“ aufdecken könnte. Die *Hannoversche Allgemeine* kommentiert, der Konflikt sei auch nach der Kündigung Fokuhls noch nicht bereinigt, „alte Seilschaften“ im Aufsichtsrat hätten ihren Groll lediglich zurückgestellt. Mehrere Nordzucker-Aktionäre verlangten, jetzt müssten auch noch etliche dieser Aufsichtsräte zurücktreten. Der gleichermaßen angezählte Nöhle will den Konzern auf das Zuckergeschäft konzentrieren und das umstrittene Sparprogramm und den Stellenabbau weiter vorantreiben. Eine endgültige Klärung der Nordzucker-Strategie steht noch aus. Unterdessen wurde bekannt, dass die Nordzucker beim Bieten um die zum Verkauf stehende Zuckerfabrik Jülich den Kürzeren gegenüber dem Konkurrenten Pfeifer & Langen gezogen hat. *gf*



Landwirt Helmut Peters stellte auf der Agrarbündnis-Tagung Mecklenburg-Vorpommern (siehe Artikel) seinen Neuland-Betrieb vor. Foto: Roloff

Kurzes am Rande

Damit sich Schweine sauwohl fühlen

Wintertagung des Agrarbündnisses Mecklenburg-Vorpommern zur bäuerlichen Nutztierhaltung. Betriebe stellten sich vor. Forderungen an die Landesregierung

Helmut Peters war einer von sieben Beispielbetrieben aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich auf der 3. Wintertagung des Agrarbündnisses vorstellten und ihre Nutztiere besonders artgerecht halten und füttern oder alte bzw. regionale Nutztierassen züchten. Helmut Peters, konventioneller Bauer aus Siemitz bei Güstrow und Mitglied im AbL-Landesvorstand, hat letzten Herbst ein altes Stallgebäude nach den NEULAND-Kriterien umgebaut. Er und seine Frau halten dort 60 Sauen und zwei Eber mit Stroheinstreu und Auslaufboxen. „Meine Schweine fühlen sich sauwohl, haben mehr Platz, sind beim Fressen ungestört und können jederzeit nach draußen“, berichtet Peters.

Am Vormittag diskutierten über 100 interessierte Teilnehmer mit Lutz Ribbe, Direktor von Euronatur, die Chancen, die die neue EU-Verordnung zur Förderung der Ländlichen Entwicklung für bäuerliche Betriebe, sinnvolle Arbeitsplätze und den ländlichen Raum insgesamt bietet. Er forderte dazu auf, zum Ausgleich der beschlossenen Streichungen die Modulation (Umwidmung von Direktzahlungen aus der 1. Säule) zu erhöhen.

Inke Drossé vom Deutschen Tierschutzbund gab eine eindrucksvoll visualisierte Übersicht zur Nutztierhaltung und den Tierschutz für die wichtigsten Nutztierarten. Dr. Burkhard Roloff, Agrarexperte des BUND im Agrarbündnis, stellte die wirtschaftlichen und ökologischen Vorteile der ökologischen sowie der besonders artgerechten Schweinehaltung bei NEULAND vor. Der Anwalt Peter Kremer erläuterte die rechtlichen Möglichkeiten, gegen industrielle Tierproduktionsanlagen vorzugehen.

Forderungen

Zukünftige EU-Gelder sollen in bäuerliche Strukturen mit artgerechter Nutztierhaltung statt in industrielle, gewerbliche Tierproduktionsanlagen gehen. Das ist eine von insgesamt acht Forderungen des Agrarbündnisses Mecklenburg-Vorpommern an die Landesregierung zur Entwicklung der bäuerlichen Nutztierhaltung. „Das bedeutet, dass Mecklenburg-Vorpommern jetzt bei der Programmplanung vor der Entscheidung steht: Wird ab 2007 weiter auf eine

global austauschbare Landwirtschaft mit industrieller Pflanzen- und Tierproduktion mit Gentechnik gesetzt oder auf eine unverwechselbare qualitätsorientierte Landwirtschaft im Gesundheitsland Nr.1 – ohne Gentechnik, mit Ökolandbau und artgerechter, bäuerlicher Nutztierhaltung“, so Roloff.

Zu den Forderungen, die das Agrarbündnis an die Landesregierung richtet, gehört auch die Förderung von Betrieben, die garantiert gentechnikfreie Futtermittel erzeugen. Sie sollen gestärkt werden durch ein Landesprogramm und eine Kennzeichnungspflicht für alle tierischen Produkte, die mit gentechnisch veränderten Organismen erzeugt wurden. Helmut Peters ergänzt: „Für mich ist es ganz wichtig, in Mecklenburg ein garantiert gentechnikfreies Sojafutter zu bekommen. Außerdem bleibt dann die



NEULAND-Stall für Sauenhaltung auf dem Betrieb Peters in Siemitz

Wertschöpfung bei der Futtererzeugung im Land.“

Wichtige Forderung der Verbände des Ökologischen Landbaus im Agrarbündnis ist die wettbewerbsgerechte Ökolandbau-Förderung: „Sowohl die Bio-Umstellungsförderung für Neueinsteiger als auch eine genügend hohe Beibehaltungsförderung zur weiteren sinnvollen Nutzung des Bio-Grünlandes durch ökologisch gehaltene Nutztiere muss in Mecklenburg-Vorpommern ab 2007 gewährleistet sein“, erläutert Roloff. Scharf kritisiert wurde auf der Agrarbündnis-Tagung der Einsatz von Agrarminister Backhaus für die Weiterführung der Käfighaltung und für eine deutsche Schweinehaltungsverordnung, die aus Sicht des Tierschutzes in Bezug auf Platzvorgaben und Lichtverhältnisse völlig unzureichend sei.

Dr. B. Roloff (BUND)

Frankreich will Nachbaugebühren einführen

Jean-Pierre Delage von der Bauernorganisation C.N.D.S.F im Interview zum geplanten Gesetz

Bauernstimme: Ist es richtig, dass Frankreich Nachbaugebühren einführen will?

Jean-Pierre Delage: Ja, das stimmt. Und so wie das Gesetz geplant ist, wird es den Nachbau für viele Varietäten sogar ganz verbieten. In einem ersten Schritt haben die Abgeordneten bereits zugestimmt, den Sortenschutz um fünf Jahre zu verlängern, d.h. von 20 auf 25 für Getreide, Raps, Hülsen-



früchte und von 25 auf 30 Jahre für Kartoffeln, Wein und Obstsorten.

Was ist für den zweiten Teil des Gesetzes geplant?

Es soll eine Nachbaugebühr eingeführt werden, die alle Bauern zu entrichten haben, die Saatgut nachbauen. Eine Kommission,

bestehend aus Saatgut-Vermehrern, Verwaltern von Saatgutgenossenschaften und Pflanzenzüchtern, soll die entsprechende Gebühr festlegen. Diese würde dann von dem Aufbereiter, zu dem der Bauer sein Erntegut gibt, eingezogen und an die Pflanzenzüchter weitergegeben. Wenn ein Bauer die Nachbaugebühr nicht bezahlt, wird sein Nachbau-Saatgut als verbotene Kopie angesehen und der Bauer kann von den Pflanzenzüchtern verklagt werden.

Falls das Gesetz durchkommt, würde eine Liste mit 21 Sorten aufgestellt, die nachgebaut werden dürfen und für die eine Gebühr zu entrichten ist. Für alle anderen Sorten wäre der Nachbau verboten. Bis Ende Juni 2006 soll über das Gesetz entschieden sein.

Was plant die C.N.D.S.F, um dieses Gesetz zu verhindern?

Wir agieren auf verschiedenen Ebenen. Einerseits versuchen wir, die Abgeordneten durch Gespräche für die Risiken des geplanten Gesetzes zu sensibilisieren. Andererseits machen wir medienwirksame Aktionen. Sobald die ersten Körner geerntet sind, werden Hof-Saatgutaufbereiter der C.N.D.S.F in verschiedenen Regionen

Frankreichs gleichzeitig Sorten, deren Nachbau in Zukunft verboten sein wird, unter Anwesenheit zahlreicher Landwirte und Medienvertreter aufbereiten. Wir werden uns außerdem intensiv für die Verteidigung des europäischen Sortenrechtes einsetzen und hoffen dabei auf die Unterstützung auch der IG Nachbau aus Deutschland.

Vielen Dank für das Gespräch

Sonja Korpeter

Die C.N.D.S.F

Die C.N.D.S.F, Nationale Koordination für die Verteidigung des bäuerlichen Saatguts, wurde 1989 anlässlich des geplanten Verbots der Hof-Saatgutaufbereitung gegründet, das erfolgreich verhindert werden konnte. Sie besteht aus drei Bauerngewerkschaften, einem Verband der betrieblichen Saatgutaufbereitung und einer Vereinigung des ökologischen Landbaus. Sie setzt sich aktiv für den Erhalt des Nachbaurechts ein. In Frankreich liegt der Anteil des Nachbaus bei Weichweizen bei 60 %, Gerste 30 %, Futterbohnen 70 %, Raps 35 %. sk

Der Minister und die Betroffenen

Horst Seehofer meldet sich bei den Pflanzenzüchtern zu Wort

Der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) atmet erleichtert auf: Aus Berlin kommen wieder die „richtigen“ Signale. Auf seiner Homepage veröffentlichte der Verband jüngst in den „BDP-Nachrichten“ zwei optimistische Artikel unter den Überschriften „Aufschwung für die Grüne Gentechnik?“ und „Pflanzenforschung vor dem Durchbruch“.

In beiden geht es im wesentlichen darum, dass nach den Jahren der rot-grünen Restriktions-Durststrecke mit CSU-Minister Horst Seehofer wieder einer an der Spitze des Bundesministeriums stehe, der den innovativen Forschungsvorhaben der deutschen Pflanzenzüchter in Sachen Grüne Gentechnik wohlwollend und fördernd gegenüberstehe. Dies wurde auch schon in einem Gespräch mit ihm abgeklärt. Weiter noch, Minister Seehofer lässt die Gelegenheit nicht aus, persönlich in einem Beitrag für die „BDP-Nachrichten“ zu bekunden, dass man mit dem Koalitionsvertrag den „Rahmen für eine innovationsorientierte Forschungs- und Agrarpolitik gesetzt“ habe. Zwar wagt er sich nicht so weit vor, namentlich die Grüne Gentechnik als innovatives Forschungsgebiet zu kennzeichnen, aber er wird sich inhaltlich sicher gern vom BDP beraten lassen, wenn es darum geht, wohin Finanzmittel fließen sollen.

Deutlicher wird der Minister an anderer Stelle: „Züchter brauchen ein wirksames Sortenschutzrecht! Das schließt auch das im UPOV-Übereinkommen verankerte Recht auf einen Ausgleich im Falle des Nachbaus ein. Ich bin gerne bereit, mit den Betroffenen zu erörtern, wie die Probleme bei der Erhebung der Nachbaugebühren beseitigt werden können, damit die Züch-

ter ihre berechtigten Forderungen auch durchsetzen können.“

Bleibt zu hoffen, dass Minister Seehofer nicht aus den Augen verliert, dass auch Bäuerinnen und Bauern berechnete Forderungen haben, von den Nachbaugebühren „betroffen“ sind und höchste Gerichte ihnen und ihren Argumenten häufiger folgten als dem BDP. *Claudia Schievelbein*

Mit freundlichen Grüßen

Die Saatgut-Treuhand schreibt wieder Briefe

Aufgabe der STV ist es, die Einhaltung der sortenschutzrechtlichen und vertraglichen Bestimmungen zu überprüfen und bei Verstößen die Ansprüche des Züchters durchzusetzen. Daher werden wir auch in diesem Jahr verstärkt in den verschiedenen Vermehrungsregionen präsent sein und Augen und Ohren offen halten.

„Mit freundlichen Grüßen Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH.“

So endet ein Schreiben der STV an Bauern und Bäuerinnen, die als Vermehrungsbetriebe Z-Saatgut erzeugen. In gar nicht so freundlichem Ton, sondern mit mehr oder weniger offenem Misstrauen weist die STV als Kontrollorganisation der im Bundes-

verband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) zusammengeschlossenen Züchter deren Vertragspartner – die Vermehrer – darauf hin, was sie aufgrund ihres Vermehrungsvertrages alles nicht dürfen. Fast wirkt es so, als wäre es für die Pflanzenzüchter eine große Qual, ihr kostbares Saatgut allzeit betrügerisch gestimmten Bäuerinnen und Bauern zu überlassen, die nur auf die nächstbeste Gelegenheit warten, es unerlaubt zu verschachern oder selbst zu säen. Ein unsäglich Brief, denn der Ton macht die Musik und schließlich wissen die Bäuerinnen und Bauern natürlich, worauf sie sich einlassen, wenn sie die Vermehrungsverträge mit den Pflanzenzüchtern abschließen. *cs*

Europa

Die aktuelle Debatte in Frankreich zeigt, wie unterschiedlich das Thema Nachbaugebühren bislang in den EU-Mitgliedsländern behandelt wird. Vereinbarungen zwischen den beruflichen Vereinigungen ähnlich dem deutschen Kooperationsabkommen zwischen dem BDP und dem DBV bestehen in Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich (nur für Weizen), Irland, Niederlande, Schweden und Großbritannien.

Keine solche Vereinbarung gibt es in Österreich, Estland, Griechenland, Ungarn, Italien, Litauen, Luxemburg, Polen und Slowenien. In Slowenien gibt es allerdings ein System zum Gebühreneinzug. Bislang ist es nur in Deutschland zu gerichtlichen Auseinandersetzungen darüber gekommen, wann welche Informationen von den Bäuerinnen und Bauern an die Züchter weitergegeben werden müssen. Lediglich in den Niederlanden wird die Frage auch debattiert. In Großbritannien nehmen die EuGH-Urteile Einfluss auf das vorhandene System, bei dem bislang die Gebühren jedes Jahr je nach Nachbaurate und Z-Saatguteinsatz von den Parteien neu ausgehandelt werden. *cs*



Gentechnikfrei – eine europäische Bewegung

In Slowenien ist Verzicht auf Gentechnik Fördervoraussetzung. Das war nur ein Beispiel, das auf einer Länder übergreifenden Konferenz in Bregenz große Beachtung fand

Am 10./11. März trafen sich in Bregenz über 100 Mitstreiter für die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft zu einer Länder übergreifenden Konferenz der gentechnikfreien Regionen, um politische und rechtliche Rahmenbedingungen in Österreich, Schweiz, Frankreich und Deutschland zu diskutieren und Strategien zu entwickeln, die Bauern und Aktiven weiterhelfen. Veranstalter war das Projekt

schaft. Besonders interessant waren die Tagungsberichte aus den verschiedenen Ländern.

Österreich

Der österreichische Nationalrat Wolfgang Pirkelhuber (Grüne) betonte die enormen Marktchancen sowohl der gentechnikfreien Produktion, insbesondere der österreichischen Saatgutproduktion. Die Flächen sind

unternehmen wird die breite Ablehnung der Gentechnik deutlich: Sowohl der größte Futtermittelhersteller als auch große Molkereien senden derzeit positive Signale hinsichtlich Gentechnikfreiheit.

Slowenien und Italien

Aus dem EU-Land Slowenien wurde berichtet, dass GVO-freie Landwirtschaft als Fördervoraussetzung gesetzlich festgehalten ist. In Friaul, Italien, dürfen öffentliche Verpflegungseinrichtungen nur Bio-Lebensmittel und regionaltypische Lebensmittel ohne Gentechnik einsetzen.

Schweiz

Die Bürger in der Schweiz haben es über ihren Volksentscheid geschafft, ein fünfjähriges Anbaumoratorium durchzusetzen. Ebenso sind gentechnische Veränderungen an Nutztieren verboten. Alle Parteien und alle Bauernverbände waren sich einig. Importe sind gering, hier wird die Entscheidung den Konsumenten überlassen. Herbert Karch von der schweizerischen Kleinbauernvereinigung VKMB betonte, dass es wichtig sei, dass die Schweiz mit ihrem Weg nicht alleine bleibe, sonst sei der Volksentscheid nur halb so viel Wert.

Frankreich

Bernard Pineau von der Confédération Paysanne (CP) berichtete, dass laut Aussagen der Gentechnik-Konzerne 2005 in Frankreich 500 bis 1.000 Hektar Genmais angebaut worden seien. Genaue Daten gibt es aber nicht, da es kein offizielles Standortregister gibt. Die Zahl der Feldbefreiungen und der Besetzung von Konzernzentralen nahm zu. Derzeit laufen viele Gerichtsverfahren. Die drohenden Strafen mit über 1.000 € treffen die CP sehr hart. Zwei Prozesse wurden gewonnen, da die Gerichte das Vorsorgeprinzip anerkannt haben.

12.000 Bürgermeister haben in Frankreich ihr Gebiet für gentechnikfrei erklärt. Zweien wurde der gentechnikfreie Status mit der Begründung, dies sei eine Benachteiligung für den gentechnisch veränderten Anbau, gerichtlich aberkannt.

Mit Toulouse und der Bretagne gibt es zwei gentechnikfreie Zonen in Frankreich. Die Bretagne, die als intensivste Schweinehaltungsregion Frankreichs gilt, hat mit Para in Brasilien ein Direktabkommen über die Belieferung mit gentechnikfreiem Soja geschlossen.

Annemarie Volling

Kontakt und weitere Informationen im Internet: www.gentechnikfreie-regionen.de sowie www.gentechnikfreie-bodenseeregion.org



Tagungsort: Bodensee

von AbL, BUND und IAW „Gentechnikfreie Regionen“ in Kooperation mit der Bodensee-Akademie in Österreich.

In seinem Grußwort erntete Thomas Würfel vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg Erstaunen, als er die Existenz einer gentechnikfreien Landwirtschaft negierte. Die Futtermittelerzeugung sei zu teuer, die Produktpreise zu hoch. Hingegen gestand er zu, dass Verordnungen praxisgerechter formuliert werden sollten, hier meinte er die sogenannte „Seehofer-Verordnung, die eine Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ detailliert regelt. Hier bot er Unterstützung an. Hingegen konnte sich das Publikum sehr wohl den vorgetragenen Worten des Oberbürgermeisters der Stadt Überlingen, Weber in seinem Brief an Landwirtschaftsminister Seehofer anschließen, dass die Probleme der Landwirtschaft nicht mit Gentechnik gelöst werden könnten, sondern mit einer nachhaltigen Produktion, die Rücksicht nehme auf natürliche Ressourcen und auf Vielfalt baue. Er fordert die Bundesregierung auf, zumindest die Bemühungen zu unterstützen, die den Betrieben ihr Recht auf gentechnikfreie Erzeugung dauerhaft sichern helfen. Konkret fordert er auch eine wirksame und nachhaltige Unterstützung der gentechnikfreien Bodenseeregion.

Die Bodenseeregion zählt zu den sensiblen Landschaften in Europa. Der Tourismus ist mit Tausenden von Arbeitsplätzen mit der bedeutendste Wirtschaftsfaktor der Region. Der Einzug von Gentechnik bedroht die ökologische und ästhetische Qualität der Bodenseelandschaft, die geprägt ist von traditioneller kleinräumiger Landwirt-

in den letzten Jahren um ein Drittel gestiegen und auch der Gentechnik-Konzern Pioneer produziert in Österreich gentechnikfreies Saatgut. Diese Marktchance sollten sich die europäischen Landwirte nicht nehmen lassen, so Pirkelhuber.

Seit Dezember 2001 gibt es – nach damaligen Mais-Saatgutkontaminationen erlassen – eine österreichische Saatgut-Gentechnikverordnung. Saatgut darf in Österreich nur bis maximal 0,1 Prozent GVO-Anteil verkauft werden. Dies brachte einen großen Erfolg für österreichische Saatgutfirmen, mit jährlichem Umsatzwachstum im zweistelligen Prozentbereich beim Export. Österreich geht unterschiedliche Wege, um gentechnikfrei zu bleiben: Oberösterreich versucht ein Kompletterbot vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die EU-Kommission durchzusetzen. Das Kärntner-Vorsorgegesetz enthält Publizitätsvorschriften der Gentechnik-Anbauer: drei Monate vor der Aussaat müssen die Nachbarn nachweislich informiert werden, zudem muss der Anbau in den großen Tageszeitungen und der landwirtschaftlichen Bauernzeitung Kärntens bekannt gegeben werden. Im Gesetz ist auch eine Anzeigepflicht verankert: Sobald es einen Verdacht auf Verunreinigung gibt, ist jeder Bürger verpflichtet, diesen anzuzeigen. Finanziell unterstützt werden Erzeugergemeinschaften, die gentechnikfrei produzieren wollen. Das Vorarlberger Naturschutzgesetz untersagt grundsätzlich die Ausbringung von gentechnisch veränderten Pflanzen „in die Natur“, ausgenommen Land- und Forstwirtschaft, wenn eine Bewilligung vorliegt. Aber auch auf Seiten der Verarbeitungs-

Gentechnikfreie Region in Brandenburg gegründet

Mitte März erklärten 22 Landwirte die Region Stechlin-Ruppiner-Land als gentechnikfrei. Mit den 8.300 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und rund 30.000 Hektar Landeswald in Brandenburg wächst die Gesamtfläche der gentechnikfreien Regionen in Deutschland damit auf 1.721.900 ha, 914.000 ha davon werden landwirtschaftlich genutzt. Getragen werden die bundesweit 88 Regionen von 25.900 Bauern aus ganz Deutschland. *ms*

5.000 Menschen gegen Gentechnik auf dem Acker

Bundesweiter Protest gegen Gentechnik

Am Aktionstag für die gentechnikfreie Landwirtschaft am 3. März 2006 haben sich bundesweit über 5.000 Menschen beteiligt. Weder das in vielen Regionen nasskalte Wetter noch ein Warnschreiben des DBV an seine Mitglieder, der „lästige Demonstranten“ mit Panikmache rund um die Vogelgrippe von Betrieben fernhalten wollte, hinderten die Demonstranten daran sich an bundesweit mehr als 60 Orten gegen Gentechnik in der Landwirtschaft stark zu machen.

Die vielfältigen Aktionen, die von Demonstrationen über Unterschriftensammlungen, Informationsstände, Filme und Podiumsdiskussionen reichten, setzten ein deutliches Signal in Städten und auf dem Lande – keine Gentechnik auf unserem Acker und auf unserem Teller!

Allein in Ingolstadt, dem Wahlkreis von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU), protestierten etwa 1.000 Menschen mit 80 Traktoren.

Saatgut muss gentechnikfrei bleiben

In Einbeck, dem Hauptsitz der KWS Saatgut AG, verlangten am Morgen des 3. März etwa 30 Bauern die Firmenspitze zum Gespräch vor das Werkstor. Sie verlangten von der KWS eine klare und eindeutige Aussage zur Bereitstellung von gentechnikfreiem Saatgut. An der anschließenden Demo beteiligten sich 300 Menschen mit 50 Traktoren. Die Veranstaltung endet mit einer Kundgebung auf dem Einbecker Marktplatz.

Im brandenburgischen Eberswalde, seit 2005 die erste gentechnikfreie Kommune in Brandenburg, beteiligten sich etwa 150 Menschen – Bäuerinnen, Bauern, Imker und VerbraucherInnen – an einer Demon-

stration gegen das Saatgutunternehmen Märka. Die Firma kooperiert eng mit Monsanto, dem weltweit größten Anbieter von gentechnisch verändertem Saatgut und wirbt derzeit bei den Landwirten massiv für Monsanto's gentechnisch verändertes Saatgut.



Protest auf dem Dottenfelder Hof

Luftballons statt Genmaispollen

Auf dem Dottenfelder Hof bei Frankfurt protestiert die Hofgemeinschaft gemeinsam mit den Kunden gegen Gentechnik. Über ein mobiles Fax wurden über 180 Protestbriefe direkt an Herrn Seehofer geschickt und über 400 Unterschriften gesammelt. Die zum Abschluss steigen gelassenen Luftballons transportierten die Botschaft „Wir arbeiten ohne Gentechnik.. Wie dieser Ballon können sich auch Gen-Pollen ungehindert verbreiten“.

In Sachsen wurde der Öffentlichkeit ein Verzeichnis der gentechnikfrei wirtschaftenden Landwirte vorgestellt. Die Standorte der Betriebe – innerhalb weniger Tage wurden mehr als 15.000 Hektar gentechnikfreie Flächen gemeldet – lassen sich unter www.sachsen-gentechnikfrei.de ansehen. *pm*



Fordern gentechnikfreies Saatgut: Bauern in Einbeck

Kurzes am Rande

Auskunft einholen, Standort mitteilen

Das in der Bauernstimme Februar 2006 beigelegte Mais-Saatgut sollte nun angebaut werden. Darauf machen die Initiatoren der Aktion „Bantam-Mais“ aufmerksam. Ob in der Nachbarschaft der Anbau von gentechnisch verändertem Mais geplant ist, sei im Standortregister unter www.standortregister.de einsehbar. Eine Karte der Standorte gebe es unter www.greenpeace.de. Wer Mais anbaut und wissen möchte, welcher Betrieb in der Nachbarschaft Gentechnik-Mais anbauen will, könne ein „berechtigtes Interesse“ geltend machen und Auskunft beim zuständigen Bundesamt BVL beantragen. Hilfreiche Hinweise dafür gebe es unter www.bantam-mais.de. Die Seite ist im Januar unter dem Motto „Eigenes Saatgut ernten – natürlich ohne Gentechnik“ gestartet worden. Damit die Saatguternte ein Erfolg wird, sollte „Golden Bantam“ ab Mitte April in Kästen vorgezogen werden. Bereits jetzt könnten Teilnehmer der Aktion den Organisatoren ihren Standort mitteilen, so die Mitteilung. *pm*

Berglandmilch ohne Gentechnik

Auch die größte österreichische Molkerei, die Berglandmilch (Linz, ca. 820 Mio. kg Milch Verarbeitung/Jahr) hat nun beschlossen, ihre Produktion auf Gentechnikfreiheit umzustellen, wie „Die Neue Epoche“ mitteilt. Spätestens im August 2006 sollen gentechnikfrei erzeugte Produkte in den Regalen stehen. Die Tirolmilch, die Kärntnermilch und auch die NÖM verzichten bereits auf Gentechnik, in Deutschland sind es laut Greenpeace die Upländer Bauermolkerei, die Andechser Molkerei und Berchtesgadener Land. *uj*

Gen-Mais-Anbau 2006

Ab Mitte April wird er gelegt, der Gen-Mais für die Anbausaison 2006. Eine Anbau auf 10.000 ha wurde für dieses Jahr prophezeit. Doch so einfach, wie die Gentechnik-Industrie sich das gedacht hat, ist der Genmais-Anbau nicht durchzusetzen. Ende März sind noch 1.764 Hektar im Standortregister des BVL gemeldet. Bei einem bundesweiten Anbau von 1,6 Mio Hektar Mais liegt der Anteil von gentechnisch veränderten Sorten unter 0,1 Prozent! Der Schwerpunkt des Anbaus liegt mit 98,4 % in den neuen Bundesländern. Trauriger Vorreiter ist Brandenburg mit 857,6 ha, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (373 ha), Sachsen (263 ha) und Sachsen-Anhalt (239 ha). *av*

Terminator-Moratorium bestätigt

Der Vorstoß der Gentechnik-Industrie – vorangetrieben von den Ländern Australien, Kanada und Neuseeland – den Anbau und die Arbeit mit sogenannten Terminator-Pflanzen zu erlauben, ist gescheitert. Auf der Vertragsstaatenkonferenz im brasilianischen Curitiba wurde das bereits bestehende Moratorium innerhalb der Konvention über biologische Vielfalt bestätigt. Terminator-Technologie bedeutet, dass Pflanzen mittels gentechnischer Manipulation ihre Keimfähigkeit verlieren. Bauern müssen so jedes Jahr neues Saatgut kaufen. *ms*

Züchter-Märkte

Bei der Vermehrungsfläche für Getreide-Saatgut hat die KWS mit ihrer Tochterfirma Lochow-Petkus mittlerweile einen Marktanteil von 24,6 Prozent (Ernte 2005). Es folgen die Saaten-Union (18,3), die IG Pflanzenzucht (12,9), die BayWa (12,5), SW Seeds (10,3), Limagrain-Nickerson (8,6) und Cebeco (4,0). Bei den Verkäufen von Mais-Saatgut dominiert ebenfalls die KWS mit 25,4 Prozent vor DuPont/Pioneer (22,7), Limagrain (13,1), Syngenta (11,3), Euralis (5,9), Monsanto (5,2) und Advanta (4,2). *pm*

Es geht doch nicht um kleine Züchter

Leserbrief auf den Leserbrief eines Züchters in der Bauernstimme März 2006

Sehr geehrter Herr Kunz, jetzt bin ich nun mal Bauer. Ich habe den Hof meiner Eltern vor etlichen Jahren übernommen. Meine Eltern und Großeltern hatten, ebenso wie ich, ein gutes Verhältnis mit den Züchtern. Wir selbst haben Vermehrungen von Getreide gemacht, also mit den Züchtern kooperiert. Noch heute kaufe ich mein Saatgut von diversen Züchtern. Doch seit 1996 hat sich da einiges verändert.

Es scheint mir, als hätten sie von 1996 bis heute, als sie in die Diskussion eingestiegen sind, nichts mitbekommen. Wir hatten bis dato in Deutschland ein Landwirteprivileg, welches den Bauern erlaubte, ihr geerntetes Getreide im eigenen Betrieb nachzubauen. Dieses Recht haben die Züchter uns mit unseriösen, vielleicht sogar unrechtlichen Mitteln – Einflussnahme auf die Gesetzgebung – gestohlen.

Seit Jahrtausenden haben die Bauern Saatgut, Pflanzen und Tiere gezüchtet und erhalten. Sie haben damit die Vielfalt unserer Natur und der Erde entscheidend geprägt. Jetzt kommen dahergelaufene Züchtervertreter und deren Gefolgschaft und fordern Rechte auf geistiges Eigentum für alle möglichen Lebensformen.

Das Korn, das in den Boden gelegt wird, muss sterben, damit ein neues Korn geboren wird. Das alte Korn ist tot. Es lebe das Neue für sich eigenständige Leben ohne irgendeinen Rattenschwanz von Gebühren, die einer glaubt, kassieren zu müssen.

Sehr geehrter Herr Kunz, auch wir Bauern müssen kämpfen ums Überleben. Auch wir haben Rechte, sowie auch jeg-

liches Leben auf der Erde sein ureigenes Recht auf Leben hat. Sicherlich haben Sie sich Arbeit gemacht mit ihrer Züchtung. Diese Arbeit bekommen Sie vergütet, wenn Sie Basis- und Z-Saatgut verkaufen. Aber verkauft ist verkauft. Das neue Erntegut gehört dem Käufer.

Sie sind bestimmt nicht so naiv zu glauben, dass es bei den Nachbaugebühren um die Unterstützung kleiner Züchter ginge. Es geht um Milliarden von Euro. Der Markt für Rechte auf Pflanzen und Tiere – Natur – ist der größte noch teilweise unverkaufte Markt auf der Erde. Wer diesen Markt für sich aufteilen kann, der bestimmt das Geschehen auf dieser Welt. Die Weltbevölkerung wächst und gegessen und getrunken wird immer. Zur Zeit ist man daran, durch Gesetzesänderungen und viel Lobbyarbeit der verschiedenen weltweit agierenden Züchtervereinigungen sich Rechte zu sichern.

Ich komme gerade aus Äthiopien zurück. Dort hat der durchschnittliche Betrieb rund ein Hektar, 95 Prozent des Saatguts werden getauscht unter den Bauern, wie es auch hier vor gar nicht so langer Zeit noch üblich war. Dürfen wir zulassen, dass alle diese Bauern ihrer Rechte beraubt werden, weil ein paar Züchter auf der Welt meinen, sie hätten Rechte auf alles Leben? Zur Zeit werden die Rechte auf geistiges Eigentum bei Tieren überprüft und über die Durchsetzung der Nachbaugebühren nachgedacht.

Wenn wir Bauern den Kampf gegen die Nachbaugebühren und Patentierungen nicht gewinnen, brauchen wir keine Bauern und keine Züchter mehr.

Gerhard Portz, 54340 Bekond

Energiepflanzen nicht hochjubeln

Leserbrief zur Bauernstimme März 2006

Sowohl eine CO₂-neutrale Energieerzeugung als auch die Möglichkeit zur Einkommensdiversifizierung in der Landwirtschaft sind grundsätzlich zu begrüßen. Aber nicht jede Form der Produktion und Nutzung von Energiepflanzen ist auch energetisch effektiv und umweltverträglich. Von der Auswahl der Pflanzen und der Anbauintensität abgesehen, sind die durch die Umwandlung von Rapsöl in Biokraftstoffe (RME/Biodiesel, Pflanzenöl) bewirkten Energieeinsparungen und die dadurch erzielte Reduzierung der Treibhausgase deutlich niedriger als bisher angenommen. Der Anbau für die Kraftstoffproduktion in Flächenkonkurrenz zu anderen Energieerzeugungsmöglichkeiten

aus Biomasse wird daher von der Europäischen Energieagentur schon nicht mehr empfohlen. (...)

Politische Vergünstigungen schafften mit dem Ziel einer ökologischen Energieerzeugung Rahmenbedingungen, die mangels Definition über eine umweltverträgliche Art und Weise der Energieerzeugung auch ungewollte Entwicklungen induziert haben. Eine klare Definition einer nachhaltigen guten fachlichen Praxis des Energiepflanzenanbaus würde hier weiter helfen.

Dr. Andrea Beste, Büro für Bodenschutz und ökologische Agrarkultur, 55118 Mainz



Bei ihrem Recht auf Nachbau lassen Bauern nicht locker.

Foto: Dohle

Impfungen gängige Praxis

Leserbrief zur Vogelgrippe und den Tötungsaktionen

Die Art und Weise, wie die Verantwortlichen mit der Geflügelpest umgehen, nimmt schon fast groteske Züge an. Da die Seuche durch infizierte Vögel übertragen wird, die mit Leichtigkeit Entfernungen von 100 und mehr Kilometern am Tag überwinden (die Silbermöwe schafft sogar bis zu 1.000 km), macht es keinen Sinn, wie auf der Insel Rügen geschehen, Kraftfahrzeuge dürrtig zu desinfizieren. Es ist nämlich eher unwahrscheinlich, dass Autofahrer vorher durch den am Strand liegenden Kot gefahren sind. Auch setzen Schwäne ihren Kot nicht vorzugsweise auf Asphaltstraßen ab.

Unerträglich ist es, wenn vorschriftsmäßig aufgestallte und völlig gesunde Tiere gekeult werden, zumal es sich bei dem dazu verwendeten Kohlendioxid (CO₂) um ein äußerst stark reizendes Gas handelt, das extreme Angst und Fluchtversuche auslöst. Amtsveterinäre sollten von einem Versuch Kenntnis erhalten haben. Mit Videoaufnahmen dokumentierten die Autoren Machold, Troeger und Moje, dass Schweine noch 17 bis 25 Sekunden nach Beginn der Exposition bei Bewusstsein sind und sich bei ihren verzweifelten Fluchtversuchen sogar im Betäubungskorb überschlagen. Tiere, die nach erfolgreicher Betäubung nicht geschlachtet wurden, sondern wieder das Bewusstsein erlangen durften, stemmten sich in einem Wiederholungsversuch sogar noch nach 48 Stunden mit aller Kraft gegen die erneute Verbringung in den Betäubungskorb. Sie hatten also offensichtlich sehr schlechte Erinnerungen. Bei Masthühnern dauert die Tortur [nach eigenen Beobachtungen] mit bis zu etwa 60 Sekunden noch deutlich länger. (...)

Bei wirklich unumgänglichen Keulungen müsste unseres Erachtens derzeit zumindest das Elektro-Wasserbad zur Anwendung kommen. Hierfür stehen bereits sieben mobile Anlagen zur Verfügung. Noch weitaus schonender ließe sich das Töten mittels Kohlenmonoxid (CO) durchführen. Leider versäumten es die Verantwortlichen in der Vergangenheit aber, hierfür technisch sichere Anlagen zu entwickeln.

Nicht einzusehen ist, dass den Tieren Impfschutz gegen die Geflügelgrippe verweigert wird. In der Geflügelhaltung sind nämlich vorbeugende Bestandsimpfungen gängige Praxis. So wird durch Viren hervorgerufenen Infektionen wie Newcastle-Krankheit, Infektiöser Bronchitis, Gumboro und mindestens fünf weiteren Krankheiten, aber auch durch Bakterien verursachten Seuchen, durch Schutzimpfungen vorgebeugt. Ohne täglich mit dem Futter verabreichte Medikamente gegen die von Parasiten hervorgerufene Darmerkrankung Kokzidiose würden die meisten Masthühner und Puten in Intensivhaltungssystemen schon lange vor dem Schlachtag elend krepieren. China soll inzwischen einen wirksamen Lebendimpfstoff entwickelt und in die Praxis eingeführt haben. Nachdem die Niederlande und Frankreich ihre Geflügelbestände jetzt gegen die Geflügelpest impfen dürfen, sollte auch Deutschland endlich diesen Weg der Vernunft gehen.

Eckard Wendt, Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung, 21435 Stelle

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Einer für Keinen

Ein DBV-Rundschreiben mit unmissverständlichen Missverständnissen über „lästige Demonstranten“, Vogelgrippe als Argument für Platzverweise und der Warnung vor drohenden Keilen

Es könnte alles so schön sein, so einfach. Wäre die Welt doch schwarz und weiß und wären die Bauern doch alle wachsjackte, kleinkarierte, seitengescheitelte Klone. Programmiert auf Wissenschaftshörigkeit und Fortschrittsgläubigkeit mit smarterer Brille und bodenständigem Bart, gewinnmaximierend allem kritisch gegenüberstehend, was nicht ausschließlich Ziele finanzieller Art verfolgt. Aber leider, leider ist die Welt so nicht, die Gentechnik noch nicht so weit.

Leider gibt es auch jeans-, leinen-, kapuzen-, gore-tex-, und ölbejackte, gestreifte, geblünte, lang-, mittel-, kurzhaarige, mit Zopf oder Schirmmütze, Charme oder Melone. Die bäuerliche Bandbreite ist nicht kleiner als die Vielfalt der Kulturpflanzen. Sehr zum Leidwesen des Deutschen Bauernverbandes.

Denn während die Vielfalt der Kulturpflanzen durch eine einseitige intensive Landwirtschaft bedroht wird, bedroht die Vielfalt der Bäuerinnen und Bauern offenbar die einseitig intensive Interessenvertretung des DBV. Wie sonst ist wohl jenes eigentlich interne Rundschreiben des DBV anlässlich des bundesweiten Aktionstages gegen die Gentechnik auf den Äckern und im Essen zu verstehen.

sollte er sich fragen, wo die Mehrheit seiner Mitglieder steht. In Umfragen lehnen weit über die Hälfte aller Bäuerinnen und Bauern in Deutschland die Gentechnik ab. Der DBV gesellte sich trotzdem mit seinem Rundschreiben zur Gruppe der gentechnikbefürwortenden Minderheit und rät ihnen, sich für „entsprechende Diskussionen zu präparieren“ und „lästige Demonstranten“ mit dem Hinweis auf die Vogelgrippe vom Hof fernzuhalten. Die mitdemonstrierenden (lästigen) Bäuerinnen und Bauern auf der anderen Seite belehrt er mitleidig, man solle sich doch nicht „unnützlich“ von Verbänden wie Greenpeace, BUND oder NABU „instrumentalisieren lassen“.

Natürlich nicht deswegen, weil das interne Rundschreiben nicht intern geblieben ist, sah sich der Bauernverband eine Woche später in einer offiziellen Pressemitteilung offenbar genötigt, einen gewissen Seitenwechsel vorzunehmen. Man stellte klar, dass DBV-Funktionäre es gewesen seien, die vor zwei Jahren die ersten gentechnikfreien Regionen ins Leben riefen; dass man vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen abrate, solange die offenen Fragen der Koexistenz und Haftung nicht beantwortet seien, und man in Bezug auf den Aktionstag lediglich ob der grassierenden

Vor dem Hintergrund der aktuell geltenden Seuchensituation (Vogelgrippe) sollte jeder Landwirt dafür Sorge tragen, dass betriebsfremden Personen kein Zutritt auf das Betriebs- und Hofgelände gestattet wird. Mit diesem Argument lässt sich womöglich auch der ein oder andere lästige Demonstrant abschrecken. Den mitdemonstrierenden Landwirten sollte bewusst sein, dass Verbände wie Greenpeace, BUND oder NABU bei der kleinsten Verfehlung in Bezug auf Pflanzenschutz oder Einsatz von Düngemitteln sofort auch wieder gegen sie demonstrieren werden. Landwirte sollten sich nicht unnützlich von diesen Verbänden instrumentalisieren lassen.

Deutscher Bauernverband e. V.

Seite 2 des DBV-Schreibens vom 28.02.2006, gezeichnet von DBV-Generalsekretär Dr. Rolf Born und Dr. Jens Rademacher

„Problematisch dürfte sich gestalten, dass auch Landwirte zu den Demonstranten und damit Gentechnikgegnern gehören werden. Damit würde es den Organisatoren gelingen, einen Keil zwischen die Landwirte zu treiben“, heißt es darin. Als ob niemals ein Blatt Papier, geschweige denn ein Keil zwischen die Ansichten, Werte und Ziele des konservativen Niederbayern, des Brandenburger Atheisten, des gutsbesitzenden Schleswig-Holsteiner und des westfälischen Althippies im DBV gepasst hätte.

Gerade an so etwas heiklem wie der Gentechnik scheiden sich die Geister, das sollte auch der Bauernverband wenn schon nicht verstehen, so doch akzeptieren. Zudem

Seuchen „angeraten“ habe, „betriebsfremden Personen den Zutritt zum Hofgelände zu verwehren“. Jede andere Interpretation des internen Rundschreibens sei völlig abwegig.

Von Keilen ist auch keine Rede mehr, eigentlich war ja wohl alles auch nur ein großes Missverständnis, eigentlich haben wir uns doch alle lieb, ob geblümt oder kariert. Deswegen freuen wir uns alle zusammen auch schon ganz besonders auf das nächste interne Rundschreiben.

Claudia Schievelbein

Das coole Auto

Ich wusste, dass der Tag kommen würde. Trotzdem war ich schlecht darauf vorbereitet. Im Familienrat hatten wir eine Entscheidung getroffen. Ein neues Auto musste her, für den Hof. Ein Pickup sollte es sein, mit Allrad, Hardtop und vier Sitzen, groß und stark genug, einen Pferdeanhänger zu ziehen.

Die Liebste hatte unseren R4 Camus (oder Dumbo, wie die Kinder ihn nannten) noch nie gemocht. Aus dem Alter sei sie raus, sagte sie immer. Und als Camus einmal, als er noch kalt war, ihr gerade beim Abbiegen auf die Bundesstraße ausging und nicht wieder ansprang, was zur Folge hatte, dass die Beiden zunächst die B404 blockierten, bis Birte schließlich den guten Camus mit einigen Fußtritten in den Graben beförderte, zu Fuß nach Hause kam und mir den Autoschlüssel per Steckschuss laut fluchend am Kopf befestigte. Dann sprach sie sehr bestimmt und sehr ernst das Todesurteil: „Nie wieder setze ich mich in diese verrottete Scheißkiste!“ Sie hätte auch sagen können: „Er oder ich!“ Da hatte Camus nun verloren. Und das nennt man nun Familienrat.

Die letzten Monate, die der TÜV Camus und mir ließ, waren von Trauer und Abschied geprägt. Die letzten Besuche im Moor, zum letzten Mal gemeinsam entlaufenes Jungvieh suchen. Beim Rückwärtsfahren auf der Koppel wickelte sich zuletzt der Auspuff um die

Vorderachse. Ich riss ihn ab und fuhr weiter. So repariert man nur einen R4. Trotzdem – ich musste der Wahrheit ins Auge sehen – war er nur noch ein Haufen Schrott. Während wir im Internet einen gebrauchten Pickup suchten, machte Camus seine Abschiedstouren. Im November lief der TÜV ab; im Dezember fuhr ich noch.



... aus Schleswig-Holstein

Mit Tränen in den Augen montierte ich dann am 6. Januar – drei Tage vor Camus' zwanzigstem Geburtstag – seine Nummernschilder ab und fuhr zur Zulassungsstelle. Nun hatte ich gedacht, die Beamten dort würden mir den schlimmsten aller Jobs abnehmen; schließlich werden sie dafür bezahlt, aber die Sachbearbeiterin schob mir den Haken zum Abkratzen des Siegels wortlos über den Tisch. „Machen Sie das nicht?“, fragte ich sie. „Kost' extra!“, lautete die knappe Antwort. Dann guckte sie mir ungeduldig auf die Finger, bis ich mit dem Kratzen fertig war. Fröhlich sagte sie zu ihrer Kollegin: „Toll, ich verschrotte heute eine Karre nach der anderen!“ So war am Ende ich es, der Camus gekillt hat! Ich fuhr heim und stellte seine sterblichen Überreste erst mal im Garten ab. Die Kinder dürfen in ihm spielen, und sobald ich Zeit habe, baue ich ihn zum Gästezimmer aus. Wahrscheinlich muss er bis zur Rente darauf warten...

Es dauerte nicht lange, da wurden wir fündig auf der Suche nach einem Pickup. Ein Opel Campo (hört sich ja fast an wie Campus, das ist gut für mein Selbstbewusstsein, wo ich es an der Uni doch nur sechs Wochen aushielt!). Überteuert zwar, aber das sind diese Bauernautos alle. Er fährt gut und sieht cool aus, so dass er schon nach zwei Tagen seinen Namen weg hatte: Das coole Auto. Zwar quietscht sein Keilriemen tierisch, aber das lassen wir so, bis alle im Dorf geschnallt haben, dass wir ein neues Auto fahren!! Und das Eigenbau-Hardtop aus Alu sieht aus wie ein großer, mobiler Behelfsmilchtank. Neulich versuchte der Milchwagenfahrer schon, daraus die Milch abzapfen.

So geht das Leben also weiter. Es bleibt ein toter R4 in unserem Garten. In diesen Tagen der Vogelgripphysterie allemal besser als eine tote Ente.

„We feed the world“

Ab 27. April im Kino: Dokumentarfilm über globale Nahrungsmittelproduktion

Ein LKW nach dem anderen fährt in die riesige Lagerhalle ein und lädt ab: Brot, bergeweise, tonnenweise Brot. „Tag für Tag wird in Wien genauso viel Brot entsorgt, wie in Graz verbraucht wird“, lautet dazu der schlichte Untertitel der Eingangsszene von „We feed the world“, einem Film des österreichischen Regisseurs Erwin Wagenhofer.

Der Film arbeitet mit Bildern und Menschen; er bringt nur wenige harte Fakten, dafür umso eindrucksvollere Beispiele für die Zusammenhänge und Gefahren der industriellen Nahrungsmittelproduktion.

Eine der Sequenzen verfolgt die industrielle Geflügelproduktion, vom Ei bis zum Tiefkühlhähnchen, ganz sachlich beobachtend, Schritt für Schritt. Hochmoderne Maschinen, fast keine Menschen: das Tier als Ware, ein Massenprodukt.

Eine andere Szene zeigt die Produktion von Treibhausgemüse für den nordeuropäischen Markt in Almeria, Südspanien: Luftauf-

nahmen vom Plastikmeer, Nahaufnahmen von den Baracken der Arbeiter. Auch hier gilt: Bilder statt Worte – obwohl die ein oder andere zusätzliche Hintergrundinformation gerade in diesem Fall sicher nicht geschadet hätte.

Den roten Faden des Dokumentarfilms bilden Kommentare des UNO-Sonderberich-

letzte Szene ist ein Interview mit dem Konzernchef von Nestlé. „Wasser ist ein Lebensmittel wie jedes andere auch und sollte einen Marktwert haben“, sagt er da. Nestlé ist der größte Trinkwasser-Abfüller und Lebensmittelkonzern der Welt.

Ein beeindruckender, empfehlenswerter Film, der hoffentlich dazu beitragen kann, die öffentliche Diskussion anzuregen und das Bewusstsein der Verbraucher um die Herkunft ihrer Nahrungsmittel und die Gefahren der grünen Gentechnik zu schärfen. Für Menschen, die sich, wie zum Beispiel die Leser der Bauernstimme, schon seit langem mit diesen Themen auseinandersetzen, bietet der Film allerdings wenig wirklich Neues. Dennoch: anschauen und weiterempfehlen, vor allem an die Kundschaft!

Anne Brid Leonhard



Ein Bild aus dem Film: Tonnenweise Brot als Abfall.

terstatters Jean Ziegler, die zwischen den einzelnen Szenen eingespielt werden.

„We feed the world“ führt den Zuschauer nach Österreich, Frankreich, Rumänien, Spanien, Brasilien und in die Schweiz. Die

„We feed the world“. Kinostart am 27. April 2006. Mehr Informationen unter www.we-feed-the-world.at

Zum Film erscheint ein gleichnamiges Buch im Orange-Press-Verlag, es liefert Hintergründe, Zahlen, Zusammenhänge und weitere Beispiele. 224 Seiten, 20 Euro, erhältlich im Buchhandel.

Schweinehaltung

Folgende Strukturveränderungen in der Schweinehaltung hat das ISPA-Institut zwischen 1992 und 2003 festgestellt: Die Gewinnmargen sanken bei gleichzeitig steigenden Ansprüchen hinsichtlich Tiergesundheit, Tier- und Umweltschutz sowie Lebensmittelsicherheit. Die oberen Bestandsgrößenklassen nehmen zu, weil kleinere Halter ausscheiden und weil neue Großbestände errichtet werden. Verdichtungsregionen scheiden sich von peripheren Räumen. Wo die Schweineproduktion hoch konzentriert ist (Oldenburger und Münsterland), stehen seuchenhygienische Bedingungen, Probleme bei der Verbringung der Gülle sowie Belange der Pflanzenproduktion und des Tourismus weiteren Bestandserhöhungen entgegen. In den Neuen Ländern wurden seit 1999 Großbestände in einzelnen Landkreisen aufgebaut.

en

H. Bäuerle, H.-W. Windhorst: *Strukturwandlungen in der deutschen Schweinehaltung zwischen den Jahren 1992 und 2003. Weiße Reihe, Heft 26, 214 S., 25 Euro, Vechta 2005, zu bestellen beim: ISPA, Tel. 04441-15445, iklein@ispa.uni-vechta.de*

Praxishandbuch für Bio-Produkte ohne Gentechnik

Ein umfassendes Nachschlagewerk für Bauern und Verarbeiter zu den rechtlichen Fragen, Pflichten des Gen-Mais-anbauenden Landwirts, Vorsorgemaßnahmen von Biobauern in Regionen mit Gen-Maisanbau. Der Ordner schreckt in seinem Umfang zunächst ab, ist aber in gut handhabbare Kapitel unterteilt.

Stärken sind die praktischen Musterformulierungen – z. B. für Saatgutlieferanten – und eine Bewertung der unterschiedlichen Garantien der Züchter, Checklisten über mögliche Quellen der Verunreinigungen und ihre Risikobewertung. Als Ratgeber

bleibt das Handbuch bei rechtlichen Fragen auf der vorsichtigen Seite. Sobald gentechnikfreie Regionen eine gewisse Größe erreicht haben, scheinen sie eine der sichersten Maßnahmen für die Gentechnikfreiheit zu sein. Auch der Aufwand, eine Region zu gründen, liegt wohl deutlich unter den Kosten für Probenziehung und Tests für mögliche Verunreinigungen.

Da der Bund für ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) als Herausgeber sowohl Bauern als auch Verarbeiter vertritt, überrascht folgende Empfehlung nicht: Bauern haften gegenüber Abnehmern ebenfalls ver-

schuldensunabhängig und Verarbeiter sollen von Erzeugern Garantien über Gentechnikfreiheit verlangen. Hier können Verarbeiter Bauern zur Haftung heranziehen und ihnen damit indirekt Kosten für Mehraufwand aufbürden.

ms

BÖLW, FiBL und Öko-Institut (Hrsg.): *Praxishandbuch Bio-Produkte ohne Gentechnik. Januar 2006, 50,- €; zu beziehen beim BÖLW: info@boelw.de oder Fax: 030-28482-300, kostenloses Herunterladen aus dem Internet unter www.bioxgen.de*

Die Reformlüge

Reformen“ ohne Ende – doch die Arbeitslosigkeit wächst, der Binnen-Aufschwung lässt auf sich warten. Immer neue Reformforderungen, obwohl die bisherigen offensichtlich nichts gebracht haben. Mit Hinweis auf Globalisierung, demographische Entwicklung, Zerfall des Generationenvertrags, zu hohe Lohnnebenkosten oder Wachstumsschwäche begründen derzeit fast alle Parteien und Medienvertreter die Notwendigkeit von „Reformen“ wie Lohnzurückhaltung, Steuersenkung, Verzicht auf Umweltschutz und Sozialabbau. Über Gegenargumente wird kaum berich-

tet. Dem hilft das Buch „Reformlüge“ ab, in dem systematisch gefragt wird: Stimmen die behaupteten Fakten und Argumente überhaupt? Steht es um Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland im internationalen Vergleich wirklich so schlecht? Können die vorgeschlagenen Maßnahmen überhaupt etwas bewirken? Führen sie nicht vielmehr weiter in die Krise und zur Verschärfung von arm und reich? Wer betreibt warum diese Angstmacherei, wem nützt sie? Welche besseren Alternativen gibt es? Der Nationalökonom Albrecht Müller belegt: Wenn wir auf Investitionen und Stärkung der Binnennachfrage setzen und das Vertrauen in die eigene Wirtschaftskraft stärken, statt den Staat kaputt zu sparen

und mit der Preisgabe unserer sozialen Erregenschaften weiter Angst zu schüren – dann wäre die Krise rasch beendet.

Gerade ist ein weiteres Buch von Müller erschienen. In „Machtwahn – Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet“ geht er mit dem „zerstörerischen Meinungskartell“ noch unversöhnlicher um als in dem Buch „Reformlüge“.

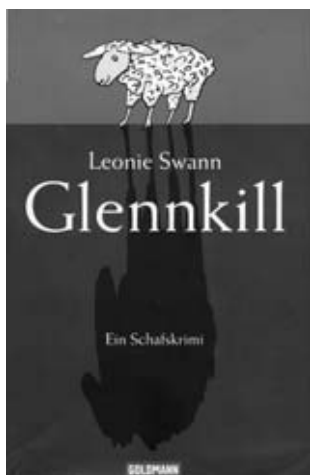
en

Albrecht Müller: *Die Reformlüge. Knaur-Taschenbuch, 2005, 416 S., 8,95 Euro. Albrecht Müller: Machtwahn. Droemer Verlag, 364 S., gebunden, 19,90 Euro. Beide Bücher zu beziehen über den ABL-Verlag.*

Glennkill. Ein Schafskrimi

Schafe lieben gemütliches Widerkauen in der Abendsonne, sinnieren tun sie dabei höchstens über die besten Kräuter. Entsprechend überfordert ist die Landschaft-Herde von Schäfer Glenn, als sie ihren Hüter mit einem Spaten in der Brust tot auf der Weide entdeckt. „Er ist nicht an einer Krankheit gestorben. Spaten sind keine Krankheit“, erkennt Leitwider Sir Richfield immerhin recht prompt, und auch Wölfe erlegen ihre Opfer nicht mit Spaten. Nur Menschen kommen für so was in Frage, weiß Miss Maple, das klügste Schaf von Glennkill und vielleicht der ganzen Welt (ihren Namen hat sie vom verblichenen Schäfer, weil sie schon als Lamm in der Lage war, ihm in den 45 Sekunden, wenn er zum Kaffee-Aufbrühen in den Schäferwagen verschwand, den Ahornsirup vom Frühstücksbrot zu lecken).

Weil Glenn nach Meinung der meisten Herdenmitglieder ein guter Schäfer war und weil er ihnen an lauen Abenden außer Liebesromanen auch manchmal Krimis vorgelesen hat, beschließen sie, dass Gerechtigkeit herrschen muss. Sie müssen den Mörder finden. Und zwar nach Schafart, unterbrochen von Fressen und Fürchten, aber unerbittlich...



Möglichst unauffällig grasend, observieren die Schafe die Dorfbewohner von Glennkill, welche nach dem Mord plötzlich zahlreich auf der Weide erscheinen. Besonders mutige Schafsgruppen belauschen sogar nächtens Gespräche hinter den Fenstern verdächtiger Häuser, und Widder Othello steht bei Georges Beerdigung „schwarz und ernst zwischen den Grabsteinen, rupft ab und zu ein Stiefmütterchen... und verhält sich vorbildlich“.

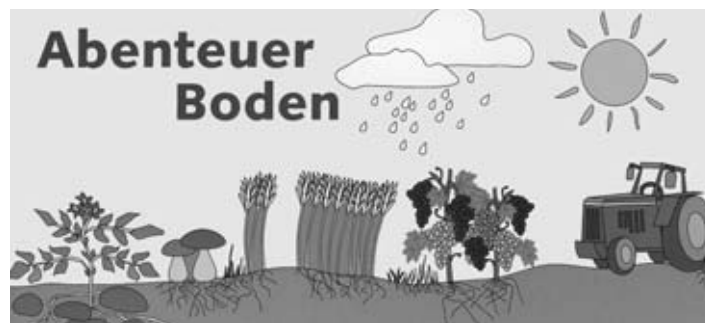
Wunderbar schafsinnig analysiert die Herde ihre Beobachtungen, die Schafsllogik entspricht dabei nicht unbedingt der menschlichen – das ist sehr amüsant, bis zuletzt spannend (weil die Schafskriminalistik eben verschlungene Wege geht) und führt letztendlich sogar irgendwie zum Ziel.

Leonie Swann schrieb ihren ersten Roman „Glennkill“ nach einer wahrscheinlich schafreichen Irlandreise. Wohl erstmals hat es damit eine Schafgeschichte in die Spiegel-Bestsellerliste geschafft.

Elke Dagenbach

Leonie Swann: Glennkill. Goldmann Verlag 2005, 376 S., 17,90 Euro; zu beziehen über den ABL-Verlag.

Kurzes am Rande



Umweltspiel Abenteuer Boden für kleine Leute ab 8

Es wurde zu viel Dünger gestreut – das schädigt Boden und Grundwasser. Gehe 2 Felder zurück. Auf so eine Ereigniskarte stoßen die 2 bis 6 Mitspieler, die sich als Würmer in die Tiefen des Bodens begeben und dort anhand von Frage- und Ereigniskarten das geheime Bodenleben mit seinen Bewohnern und Schätzen kennenlernen. Das Spiel kann gut in Schulen und in der Umweltbildung eingesetzt werden. Gefördert von der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Frankfurt ist das Spiel unentgeltlich beim Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU) zu beziehen. Spenden sind erwünscht. *we*

BHU, Adenauerallee 68, 53113 Bonn, Tel. 0228-224091, Fax: -215503, E-Mail: bhu@bhu.de, www.bhu.de

Geflügelmast in Deutschland

Eine neue Studie des ISPA-Instituts der Hochschule Vechta beschreibt die Entwicklung der Geflügelmast: mit ihren vertikal integrierten Systemen von Brüterei und Mischfutterwerk, der Einbindung landwirtschaftlicher Aufzuchtbetriebe auf Vertragsbasis bis hin zur Schlachtereie und Zerlegung.

Die in Süddoldenburg konzentrierten Verbundsysteme werden dominiert von einigen wenigen Unternehmen: der Wiesenhof/PHW-Gruppe (bei Putenfleisch in Kooperation mit RWS), der Velisco-Nölke-Gruppe, Heidemark, Rothkötter und den Gebrüder Stolle, daneben auch noch die Süddeutsche Truthahn AG (Sütag), Alfra/Sprehe/Gräfendorfer. Zwei niederländische Konzerne sind auch in Deutschland aktiv: die Astenhof GmbH (Tochter des Cehave-Konzern) und die Plukon/Frikifrisch (Cebeco-Konzern). Marktführer bei der Erzeugung von Putenküken ist die Kartzfehne-Gruppe der Kameke OHG mit jährlich 19 Millionen Putenküken, wovon ein Viertel exportiert wird; daneben die Firmen Heidemark und MAPU Ahlhorn.

Das Geflügelfutter stammt vor allem von folgenden Mischfutterherstellern: Deuka, Muskator, Bela-Thesing und den Raiffeisen-Zentralgenossenschaften Kiel und Münster. *en*

G. Bitter, H.-W. Windhorst: Geflügelmast in Deutschland. Weiße Reihe, Heft 24, 138 S., Vechta 2005, 12,50 Euro, ISPA, Tel. 04441-15344.

Praxis biologischer Tomatenanbau

Ein neuer Leitfaden von FiBL, Bioland Beratung, KÖN und Bio Austria vermittelt Biogemüsegeärtnern den Erfahrungsschatz zum Anbau der Kultur. Bei biologisch angebauten Tomaten liegen die Herausforderungen besonders darin, die Pflanzenernährung über die ganze Kultur zu gewährleisten und die Pflanzen gesund zu erhalten. Um im Verkauf überzeugen zu können, sollten Biotomaten auch einen herausragenden Geschmack aufweisen. Dieser ist zwar stark sortenbedingt, kann aber auch durch Kulturmaßnahmen wesentlich beeinflusst werden.

Als Hilfestellung für den professionellen Anbau haben nun Gemüsebauberaterinnen und -berater aus Deutschland, Österreich und der Schweiz die wesentlichen Informationen zu Planung, Anbau und Qualitätssicherung von Biotomaten in einem Merkblatt zusammengefasst, mit zahlreichen Fotos, Grafiken und Tabellen. Länderspezifische Anforderungen sind besonders gekennzeichnet. *pm*



Uwe Hornischer, Martin Koller: Biologischer Anbau von Tomaten. FiBL, Bioland-Beratung, KÖN, Bio Austria (Hrsg.), Merkblatt, 1. Auflage, 2005, 20 S., 7,00 Euro, ISBN 3-934239-17-X, zu beziehen über den ABL-Verlag.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe 2006 2005 2004 2003 2002 2001 2000
 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 € NEU!!! _____ €

.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 13,90 € NEU!!! _____ €

.... Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschüsse bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS Mai 2006 ist am 21. April.

Hof und Arbeit

● Gemüsegärtnerin (staatl. Ausbildung), 32 J., sucht Arbeit, bevorz. in Niedersachsen. Erfahrung im ökolog. Gemüsebau, Direktvermarktung, FS 7,5 t. Kenntnisse in Obstbaukultur, Umgang mit Milchziegen.
☎ 0511-60095494 oder 0177-1542722

● Wir suchen Geschäftsführer(in) für unseren Erzeugerzusammenschluß für Demetergetreide w. V. in Norddeutschland. Der Aufgabenbereich umfasst neben der Betreuung der Mitglieder die Erfassung der Erntemengen und Qualitäten der Höfe, Verkauf von Demeter-Brotgetreide, Erfassen und Vermitteln von Futtergetreide, Organisation von Transport und Abrechnung. Erwartet wird Engagement und Interesse an der Demeterarbeit sowie konstruktive Zusammenarbeit mit dem bäuerlichen Vorstand.

Schriftliche Bewerbungen bis Mitte Mai bitte an: Martin Delz, Hof Delz, Kius 19, 24897 Ulsnis oder E-Mail: Hof-Delz@t-online.de

Tiermarkt

● Alpaka Stuten zu verkaufen, zum Teil trächtig. Farben: grau, braun und weiß.
☎ 02463-997936

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen,
☎ 07551-63609

Querfeldein

● Naturverbundene, vielseitig interessierte und talentierte Bio-Gärtnerin/Dipl.-Ing./Lehrerin, Anf. 40, möchte gleichgesinnten Mann kennenlernen. CHIFFRE BS 06/04-1

● Urlaub mitten in der Mecklenb. Seenplatte: Gemütl. Fewo auf einsamem Wald-Selbstversorgerbauernhof dir. am See mit Boot. Kinder, Tiere. Auch kostenl. Urlaub geg. Mithilfe, auch längerfrist.
☎ 038736-43025

Veranstaltungen

Marsch für ein gentechnik-freies Europa

05. April 2006, Wien
Anlass ist die „Koexistenz-Tagung“ der EU-Kommission vom 4. bis 6. April in Wien. Dort sollen Rahmenbedingungen für das Nebeneinander von gentechnik-anwendender und gentechnik-freier Landwirtschaft diskutiert und ggf. auch beschlossen werden. Bislang kann keiner sagen, wie eine solche Koexistenz möglich sein soll, geschweige denn wie eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Zukunft möglich sein soll. Hierfür wollen wir auf die Straße gehen und fordern eine langfristige Sicherstellung der gentechnikfreien Landwirtschaft, Imkerei, Fischhaltung und Forstwirtschaft; fordern tatsächliche Wahlfreiheit und Selbstbestimmungsrecht von Bauern und Bäuerinnen, Verarbeitern, Lebensmittelhändlern und Konsumenten; und fordern das Selbstbestimmungsrecht der Regionen. Wir hoffen, dass viele Menschen Zeit finden, nach Wien zu kommen und uns zu unterstützen.
Treffpunkt Praterstern um 8.00 Uhr. Kontakt: Annemarie Volling, Koordination Gentechnikfreie Regionen in Deutschland, c/o Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, ☎ 04131-400720, Fax: -407758, gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de, www.gentechnikfreie-regionen.de, www.abl-ev.de/gentechnik

Eherecht und Landwirtschaft

26. April 2006, Hohebuch
Unter dem Titel „Vo(r)m Standesamt zum Notar“ veranstalten das Evang. Bauernwerk in Württemberg e.V. und der Landfrauenverband Württemberg-Baden e.V. ein Seminar für junge Paare in der Landwirtschaft zu rechtlichen Konsequenzen und finanziellen Verpflichtungen der Eheschließung. Diskutiert wird, warum insbesondere für Paare in der Landwirtschaft ein Ehevertrag sinnvoll ist, was vereinbart und was dabei beachtet werden muss. Das Seminar richtet sich an junge Paare aus der Landwirtschaft - mit und ohne Trauschein. Unter der Leitung von Veronika Grossenbacher und Christl Hess referieren der Steuerberater Bernd Meyer zu Berstenhorst sowie der Rechtsanwalt Jens Keller.
Anmeldung bis 20. April 2005 an: Evang. Bauernwerk, Frau Scherer, 74638 Waldenburg-Hohebuch, ☎ 07942-107-74, Fax: -77, A.Scherer@hohebuch.de

Alternativen für Zuckerrübenanbauer in NRW

26. April 2006, Bonn
Ausgangspunkt der Veranstaltung ist Nordrhein-Westfalen als bedeutendes Zuckeranbaugbiet. Basierend auf der Germanwatch-Studie sollen gemeinsam mit den betroffenen Akteuren der Zuckerindustrie, der Landwirtschaft sowie der Politik tragfähige, regional-, umwelt- und agrarpolitisch nachhaltige Lösungen erarbeitet werden, die als Empfehlungen an die Politik gehen. Die Veranstaltung findet im Rahmen des Germanwatch Zuckerdialogs statt.

Es wird kein Tagungsbeitrag erhoben. Anmeldung: Kerstin Lanje, Referentin für Welthandel und Welternährung, Germanwatch e.V., ☎ 0228-60492-15, Fax: -19, lanje@germanwatch.org, www.germanwatch.org/zucker.htm

Neue Haftungsrisiken in der Landwirtschaft

27. bis 29. April 2006, Göttingen
Die Frühjahrstagung 2006 des Instituts für Landwirtschaftsrecht der Universität Göttingen und der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht beschäftigt sich mit dem Gentechnikrecht, Lebensmittel- und Futtermittelrecht und Umweltschadensrecht. Die Exkursion am 29. April führt zur KWS Saat AG.

Anmeldung: Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht, ☎ 0228-7031140, Fax: -7038498, dgar@lwk.nrw.de

Biosphärengebiet auf der Schwäbischen Alb

27. April 2006, Münsingen
Wenn Anfang 2006 der Truppenübungsplatz Münsingen von der militärischen Nutzung freigegeben wird, kann mit dem weiteren Umfeld der Kuppenalb sowie des Uracher Albtraufs ein etwa 30.000 Hektar großes Biosphärengebiet entstehen. Die Chance für Land, Region, Gemeinden und Städte liegt vor allem in der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung des Raumes und der naturverträglichen Wertschöpfung aus dem Biosphärengebiet. Der Workshop in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, dem Regierungspräsidium und den Landkreisen wird konkrete Modellprojekte zur Wertschöpfung in deutschen Großschutzgebieten mit Schwerpunkt Konversionsflächen vorstellen und Impulse zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und zum Landschaftsmanagement auf der Schwäbischen Alb geben. Er richtet sich an Vertreter von Kommunen, Naturschutz- und Forstverwaltungen, der Land- und Tourismuswirtschaft sowie anderer Wirtschaftsunternehmen und Interessierte.

Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, ☎ 0711-126-2819, Fax: -2893, www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

Lesung mit Matthias Stührwoldt

02. Mai 2006, Gut Wulksfelde bei Hamburg
Der den Lesern und Leserinnen der Bauernstimme bereits gut bekannte Landwirt und Autor Matthias Stührwoldt liest Geschichten und Gedichte aus seinen Büchern „Verliebt Trecker Fahr'n“ und „Der Wollmützenmann“ auf dem Gut Wulksfelde vor den Toren Hamburgs. Alle Stührwoldt-Fans und die es werden wollen, sind herzlich eingeladen!
Lesung ab 20 Uhr, Gut Wulksfelde, Wulksfelder Damm 15-17, 22889 Tangstedt-Wulksfelde, ☎ 040-644 251 0

Energyfarming und Naturschutz

03. und 04. Mai 2006, Schneverdingen
Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) und die Entwicklungen im Bereich Biotreibstoffe und Biogaserzeugung lassen einen dynamischen Anstieg des Energiepflanzenanbaus in der Landwirtschaft erwarten. Schon jetzt nimmt Niedersachsen hier bundesweit einen Spitzenplatz ein. Landwirte begreifen das „Energyfarming“ zunehmend als Chance für ihre Betriebe. Über die tatsächlichen Auswirkungen eines verstärkten Energiepflanzenanbaus ist bisher noch wenig Wissen vorhanden. Die Teilnehmer erhalten Einblicke in verschiedene Forschungsprojekte und die Praxis des Energiepflanzenanbaus. Die ökologischen Probleme aus Sicht des Naturschutzes werden diskutiert.
Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, ☎ 05198-9890-70, Fax: -95, www.nna.de

Biokraftstoff Forum auf der ENBIO®

05. Mai 2006, Kassel
Die bisherige Steuerbefreiung der Biokraftstoffe hat dem Markt für Pflanzenöl und Co. massiven Auftrieb gegeben. Allerdings ist dieses Wachstum in Gefahr, denn die Bundesregierung will Biokraftstoffe zukünftig wieder besteuern und ihren Absatz durch eine Beimischungspflicht zu mineralischen Kraftstoffen fördern. Die daraus resultierende Diskussion ist eines der Themen auf dem „Biokraftstoff Forum“ in der Messe Kassel. Neben den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden auf dem Biokraftstoff-Forum aktuelle Projekte, die Perspektiven für die Landwirtschaft, die einzelnen Kraftstoffe Rapsöl, Biodiesel, Bioethanol und das Kraftstoff-Herstellungungsverfahren „Biomass to Liquid“ vorgestellt. Partner des Biokraftstoff Forums ist das hessische Kompetenzzentrum nachwachsende Hesse-Rohstoffe (HeRo e.V.). Im Zeichen der Biokraftstoffe steht auch das Seminar „Kraftstoff aus der Natur - Chancen der Nutzung von Pflanzenölkraftstoffen“ am 06. Mai.
Den Rahmen der Tagung bildet das Messtrio ENBIO®, DENEX® und BAUSAN® vom 5. bis 7. Mai, Infos unter www.enbio.de, www.denex.info und www.bausan.info. Kontakt: erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Miriam Hegner, ☎ 07121-3016-0, Fax: -100, www.energie-server.de

28.-30. April 2006 in Feuchtwangen

3. Bundestreffen der Regionalbewegung

- Wir zeigen Möglichkeiten der Kooperation mit Ihren Sparkassen auf
- Wir bereiten Sie auf Ihre Zusammenarbeit mit dem Lebensmitteleinzelhandel vor
- Wir diskutieren aktuelle Fakten des Regionalmanagements
- Wir zeigen die Wertschöpfung aus Erneuerbaren Energien auf

Mit kulinarischer Meile durch die Innenstadt: Regionales in fränkischer Atmosphäre genießen



Kontakt / Anmeldung:
Tel. 09852 - 1381
bund-sued@tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

Regionen voller Energie
aktiv - genussvoll - erneuerbar

1. Oktober 2006 | 23.09.-08.10.2006

TAG DER REGIONEN
... wurzeln in einer globalisierten Welt.



Koordinationsbüro Nord
Zur Specke 4
34434 Borgentreich
Tel. 05643 - 948537

Koordinationsbüro Süd
Museumstraße 1
91555 Feuchtswangen
Tel. 09852 - 1381

www.tag-der-regionen.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 048 23/8505, Fax: 048 23/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 046 35/2141, Fax: 046 35/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 043 26/679, Fax: 043 26/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 046 31/7424, Fax: 046 31/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,
Tel.: 058 65/988360, Fax: 058 65/989361

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 042 33/669, Fax: 042 33/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 047 23/3201, Fax: 047 23/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 058 65/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 055 08/999989, Fax: 055 08/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 0384 53/20400; Franz Joachim Bienstein,
Tel.: 03841/79127; Helmut Peters, Tel.: 0384 54/20215

Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 0396 04/26859

Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif,
Tel.: 0332 04/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 0337 04/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 023 81/9053170, Fax: 023 81/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 052 41/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 054 04/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 052 21/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 022 48/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 064 41/75502, Fax: 064 41/975995

Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 056 65/1403, Onno Poppinga,
Tel.: 056 73/3540

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 065 61/6049300

Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 065 22/549, Fax: 065 22/933636,
E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 073 52/8928,
Fax: 073 52/941422

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 074 43/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 079 71/8584

Bodensee: Anneliese Schmeih, Tel.: 075 53/7529, Fax: 075 53/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 075 28/7840, Fax: 075 28/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz,
Tel.: 086 79/6474, Fax: 086 79/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de;
www.abl-bayern.org

Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer,
Tel.: 088 47/804,

Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Hans Urbauer,
Tel.: 086 28/634, Ute Gasteiger, Tel.: 080 39/1635

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 087 42/8039

Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 091 94/8480

Sachsen / Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,
Tel.: 037 323/50129, Fax: 037 323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/9053171, Fax: 023 81/492221,

E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/407757, Fax: 041 31/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbauggebühren:

Adi Lambke, Tel.: 058 64/233; Anneliese Schmeih, Tel.: 075 53/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 0337 04/66161, Fax: 0337 04/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 023 81/9053173, Fax: 023 81/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden
Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

Mann, bin ich blau

Drei smarte Herren blicken zahnpastalächelnd vom Titelblatt des Westfälischen Wochenblatts herab. Gedresst in rosadominierten Hemd-Pulli-Kombinationen. Vielleicht werben sie für H & M? Wäre zumindest mal was anderes als BASF & Co.

Das Inhaltsverzeichnis klärt mich auf: „Typberatung für Landwirte“. Aha. Also gleich in den ohnehin beliebtesten Teil des Wochenblatts geblättert: „Familie“. Diesmal keine „Nostalgie am Küchenherd“, auch kein „Landfrauen Helau“. Es geht um Männer! Um eben die vom Titelbild. Sie suchen Farbe, steht in der Überschrift. Nicht für den neuen Super-Trecker, es geht nicht um Claas-Grün oder Ford-Blau, auch nicht um Blaumänner. Um das richtige Outfit für Bauers Freizeit geht es.

Andreas H., ein Biobauer (wie haben sie den nur drangekriegt?), 29 und Single (aha, vielleicht deshalb), möchte seinen Typ mit seiner Garderobe stärker unterstreichen. Hubertus G., 59, hat eine Farbschwäche und will sich diesmal, statt wie sonst immer von Frau und Tochter, seine Klamotten von Farb- und Stilberaterin Heidrun Prigge aussuchen lassen. Ebenso Jungbauer Jan O., 22, der sich von seinen jüngeren (!) Schwestern und seiner Mama als Kleideraussucherinnen emanzipieren will.

Heidrun P. erklärt gleich vornweg, was Farbberatung bedeutet: „Wer bei der Kleidung die zu ihm passende Farbe auswählt, wirkt lebhaft, interessant und frisch... Falsche Farben rücken dagegen die persönliche Ausstrahlung in den Hintergrund. Man wirkt müde, blass und älter.“ Das sitzt. Alt und müde aussehen kann sich heute selbst Bauer nicht mehr leisten. Wegen dem Vermarktungs- und Tourismusstandbein zum Beispiel. Also auf geht's zur Farbanalyse.

Hubertus G. erfährt, dass er ein Sommertyp ist. Das heißt nicht, dass er im Sommer am liebsten auf den Bahamas statt auf dem Schlepper rumsitzen würde, ihm stehen am besten pudrig pastellige Farben. Da hat es Jan O. besser erwischt. Als Herbsttyp darf er warme, satte und erdige Naturtöne tragen. Und einen Tipp für seinen Anzug zum Fachschulabschluss kriegt er



auch gleich. Kamelfarben zum Beispiel – aber in seinem Fall bloß nicht mit rosafarbenem Hemd, das steht dem Herbsttyp nämlich gar nicht. Mist, Jan O. findet rosa nämlich eigentlich chic. Aber eine Blamage bei der Abschlussfeier riskiert er dank Heidrun P. nun nicht mehr.

„Eingestimmt auf ihre Farben“ ziehen die Bauern dann los zum Einkaufsbummel mit „Mama Heidrun“. Alles voll easy jetzt, denn die Drei haben den Farben-

pass dabei. Bauer H. klappt seine Farb-Palette mit allem, was ihm steht, auch prompt auf einem dunkelblauen Pullover auseinander. „Ein prüfender Blick, ob die Farbe zu seinen Farben passt. Sie passt. Auch Heidrun P. ist einverstanden...“ Wow, ansonsten hätte sich Bauer H. bestimmt stundenlang Gedanken gemacht, ob dunkelblau vielleicht gar zu ausgefallen für ihn ist und womöglich wertvolle Arbeitszeit im Kaufhaus vergeudet.

Schließlich sind sie alle bedient. Hubertus G. steht da mit rosa Pulli über rosa-taubenblau gestreiftem Hemd (zum Glück hat er ja die Farbschwäche), Jan O. hat sich ein grünes T-Shirt ausgesucht, das praktischerweise gleich auf ein grüngestuftes Hemd aufgenäht ist und Andreas H. (ebenfalls pastelliger Sommertyp) fühlt sich im „rosa-weiß kariertem Hemd über rosafarbigem Polo Hemd“, beide Kragen nekisch hochgeschlagen, „sichtlich wohl“.

Ich hab die drei (!) Seiten Bauernmodejournal jetzt durch und mich dabei sehr amüsiert. Wollen die vom Wochenblatt vielleicht solche Leser wie mich, die den High-Tech-Trecker-Teil (und den politischen Teil natürlich sowieso) schnell überblättern, stärker an sich binden? Oder ist etwa auch die „Standard-Bauernleserschaft“ nicht mehr mit „Koexistenz ist kein Problem“ und „Ja zur intensiven Geflügelhaltung wegen Vogelgrippe“ bei der Stange zu halten und soll jetzt mit der Bauern-Beauty-Welle á la „Men's Health“ geködert werden?

Oh, wie bin ich froh, dass es die Bauernstimme gibt! Da kriege ich von Bauer oder Bäuerin im eventuell nicht ganz korrekten graugestreiften Lieblingspulli voll korrekte Beiträge zu lesen.

Elke Dagenbach

unabhängige Bauernstimme: Immer in Mode!

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221**